



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
[Poststelle@mdi.rlp.de](mailto:Poststelle@mdi.rlp.de)  
[www.mdi.rlp.de](http://www.mdi.rlp.de)

31. Mai 2023

Mein Aktenzeichen

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail

Telefon / Fax

Bitte immer angeben!

## Ministerratsvorlage

### Präventionsagentur gegen Extremismus - Bericht 2022 über die Arbeit der Präventionsagentur und Bilanz 2022 der Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus

#### A. Beschlussvorschlag

1. Der Ministerrat nimmt den Bericht 2022 der Präventionsagentur gegen Extremismus und die Bilanz 2022 der Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus zur Kenntnis.
2. Die Arbeit der Präventionsagentur gegen Extremismus wird auf der Grundlage des vorgelegten Berichts fortgeführt und weiterentwickelt.
3. Eine Vielzahl von abgestimmten behördlichen und zivilgesellschaftlichen Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration und aus dem Bundesprogramm „Demokratie Leben!“, von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und dem Beratungsnetzwerk Rheinland-Pfalz bis zu Ausstiegsprogrammen wie „(R)AUSwege aus dem



Extremismus“ werden auch 2023 durch das Demokratiezentrum im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung koordiniert und durchgeführt.

## **B. Erläuterungen zum Beschlussvorschlag**

Das Ministerium des Innern und für Sport berichtet über die Aktivitäten der Präventionsagentur gegen Extremismus und die 2022 ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus. Die beiden Berichte, die dem Ministerrat zur Kenntnisnahme vorliegen, geben einen Überblick über die Tätigkeit der beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz eingerichteten Präventionsagentur gegen Extremismus sowie der insgesamt von der Landesregierung initiierten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Unter den Gesichtspunkten Verstetigung und Fortentwicklung wurden im Bereich der Landesregierung auch im Jahr 2022 zahlreiche bewährte Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention fortgeführt, neue Projekte initiiert und zivilgesellschaftliche Akteure gefördert.

Schwerpunkte der vielfältigen Maßnahmen des Landes und zugleich wesentliche Grundlagen der Bekämpfung des Extremismus sind insbesondere die Förderung von gesamtgesellschaftlichem und bürgerschaftlichem Engagement, Demokratiebewusstsein, Demokratiebildung, Partizipation und Zivilcourage.

### Kategorie für die Transparenz-Plattform:

Bevölkerung, Demografie & Integration

### Schlagworte für die Transparenz-Plattform:

Innere Sicherheit, Extremismus, Rechtsextremismus, Prävention, Präventionsagentur, Verfassungsschutz



### **C. Inhaltliche Zusammenfassung**

Rechtsextremismus und -terrorismus sind große Herausforderungen für den Staat und die Gesellschaft. Ihre Bekämpfung bleibt daher eine unverzichtbare Schwerpunktaufgabe der Landesregierung. Hierbei ist die Prävention ein Eckpfeiler der Strategie des Landes gegen Rechtsextremismus.

Die beim Ministerium des Innern und für Sport in der Abteilung Verfassungsschutz eingerichtete Präventionsagentur gegen Extremismus leistet unter dem Motto „Prävention durch Information“ einen wichtigen Beitrag zur Rechtsextremismus-Prävention. Entlang der aktuellen Gefährdungslage wurden vor allem die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern gepflegt sowie bewährte Präventionsformate fortgeführt und unterstützt, die sich insbesondere an die Zielgruppe Jugendliche richteten (vgl. Anlage 1). Besondere Schwerpunkte waren und sind die Beteiligung und Unterstützung der Präventionsagentur am Bündnis „Demokratie gewinnt!“ sowie die intensive Zusammenarbeit mit dem Weiterbildungszentrum Ingelheim gGmbH.

Im Jahr 2022 wurden von der Präventionsagentur gegen Extremismus 35 Informationsveranstaltungen durchgeführt bzw. fanden unter deren Beteiligung statt. Hieran nahmen insgesamt rund 1.930 Personen teil.

Zu den Aufgaben der Präventionsagentur gegen Extremismus zählt die Dokumentation der Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus. Die in diesem Sinne vorgelegten Bilanzen belegen die Bedeutung und die Nachhaltigkeit der in Rheinland-Pfalz zum Tragen kommenden umfassenden und vielgestaltigen Präventionsmaßnahmen, die bereits im Kindes- und Jugendalter ansetzen. Sie veranschaulichen zudem, dass sich vielfältige, eng miteinander verzahnte kooperierende Präventionsstrukturen entwickelt haben (vgl. Anlage 2).

Nähere Einzelheiten können den Anlagen entnommen werden.

### **D. Finanzielle Auswirkungen**

Im Wirtschaftsplan des Ministeriums des Innern und für Sport - Abteilung Verfassungsschutz sind im Haushaltsjahr 2023 insgesamt 60.000 Euro für Maßnahmen der



Präventionsagentur gegen Extremismus etatisiert, so dass die Finanzierung entsprechender Projekte gesichert ist.

Im Haushaltsplan des Ministeriums des Innern und für Sport sind im Haushaltsjahr 2023 weitere 150.000 Euro für Maßnahmen der Rechtsextremismus-Prävention etatisiert, so dass die Finanzierung entsprechender Projekte gesichert ist.

Vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) wurden für die Bereiche Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2022 insgesamt ca. 900.000 Euro aufgewendet. Für 2023 sind für die Bereiche Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus insgesamt ca. 1.148.000 Euro veranschlagt.

Darüber hinaus begleitete und förderte das MFFKI 2022 weiterhin die Projekte des Demokratiezentrum im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung mit insgesamt 134.000 Euro, davon im Bereich gegen Rechtsextremismus 100.000 Euro. Für 2023 sind 495.000 Euro insgesamt und 490.000 Euro im Bereich Rechtsextremismus vorgesehen.

Im Ministerium für Bildung beinhaltet die schulische Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus jede Form der Abwertung, Diskriminierung und des Angriffs auf demokratische Grundwerte und sie widmet sich nicht alleine der Vermeidung von rechtsextremistischen Handlungen. Die Gleichzeitigkeit von Demokratieerziehung, Vermittlung von historisch-politischen Wissens, Durchführung allgemein-gewaltpräventiver Projekte und von gezielt auf Extremismus angelegten Programmen steht bei den vielfältigen Angeboten und Projekten im Vordergrund. Für diesen gesamten Bereich wurden im Jahr 2022 insgesamt rund 730.000 Euro verausgabt. Ein Ansatz in Höhe von rund 690.000 Euro steht im Jahr 2023 zur Verfügung.

Für die Förderung der Demokratieerziehung in Kindertageseinrichtungen stehen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 jeweils 90.000 Euro zur Verfügung.

Seitens des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung betragen die für das Aussteigerprogramm „(R)AUSwege aus dem Extremismus“ nebst angeschlossenen Programmen im Jahr 2022 aufgewandten Mittel nach Abzug der



Bundeszuschüsse rund 338.800 Euro. Die im Jahr 2022 anfallenden Kosten können erst nach Rechnungsabschluss im ersten Vierteljahr 2023 benannt werden.

### **E. Auswirkungen auf Familien und Kinder**

Besondere Auswirkungen auf Familien und Kinder sind nicht erkennbar.

### **F. Gender-Mainstreaming**

Der Bericht hat keine unterschiedlichen Auswirkungen auf die spezifische Lebenssituation von Frauen und Männern.

### **G. Demografischer Wandel**

Der Bericht hat keinen Einfluss auf die Bevölkerungs- und Altersentwicklung in Rheinland-Pfalz.

### **H. Ergebnis der Ressortbeteiligung**

Die Ministerratsvorlage und die Berichte sind mit der Staatskanzlei und den Ressorts abgestimmt.

  
Michael Ebling

**Anlagen**

## - Anlage 1 -

### **Bericht 2022 über die Arbeit der Präventionsagentur gegen Extremismus**

#### 1. Vorbemerkung

Nach dem schrittweisen Wegfall der Corona bedingten Einschränkungen konnte die Arbeit der Präventionsagentur gegen Extremismus im Jahr 2022 wieder intensiviert werden. Dies dokumentiert unter anderem die gegenüber dem Vorjahr verdoppelte Zahl der Präsenzveranstaltungen im Rahmen der Vortragstätigkeit. Mit Schwerpunkt widmete sich die Agentur wiederum der Präventionsarbeit gegen den Rechtsextremismus. Des Weiteren standen auch das Themenfeld „Reichsbürger“ und die „Delegitimierer“-Szene, die seit dem Frühjahr 2021 vom Verfassungsschutz beobachtet wird, mit im Fokus. Zugleich wurden mit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine und die dadurch gewachsene hybride Bedrohung hier in Deutschland die Präventionsmaßnahmen auf dem Gebiet Cyberschutz deutlich verstärkt.

#### 2. Aufgaben und Aufgabenerfüllung der Präventionsagentur gegen Extremismus

Zu den **Aufgaben** der Präventionsagentur gegen Extremismus zählen:

- Zusammenarbeit auf interministerieller Ebene sowie mit Behörden und Einrichtungen (u. a. Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Landeszentrale für politische Bildung) in Fragen der Extremismus-Prävention,
- Beratung der Landesverwaltung und der Kommunen,
- Pflege und Ausbau des Informationsangebots im Internet und durch Publikationen,
- Aufklärungsarbeit für Jugendliche und Heranwachsende,
- Weiterentwicklung bewährter Präventionsmaßnahmen (eigeninitiativ oder als Kooperationspartner),
- Beteiligung bei der Planung und Umsetzung neuer Projekte (u. a. in Kooperation mit Bildungseinrichtungen wie insbesondere dem Weiterbildungszentrum Ingelheim),

- Beteiligung an bzw. Unterstützung von Initiativen und Bündnissen im Rahmen der Extremismus-Prävention (z. B. Bündnis „Demokratie gewinnt!“).

Im Einzelnen umfasst das **Themenspektrum** der Präventionsagentur gegen Extremismus alle Formen des Extremismus sowie die sonstigen verfassungsschutzrelevanten sicherheitsgefährdenden Bestrebungen wie beispielsweise das Thema Cybersicherheit, das aktuell erheblich an Bedeutung gewonnen hat (s. Vorbemerkung).

Aufgaben der Präventionsagentur sind darüber hinaus die Koordination der Pressearbeit und die (allgemeine) Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz. Letztere dient in erster Linie der Hintergrundinformation über den Verfassungsschutz, speziell über seine Aufgaben und Befugnisse sowie die Kontrollen, denen er unterliegt.

**Themenschwerpunkt** der Präventionsagentur gegen Extremismus ist angesichts der Lageentwicklung und der fortdauernden Bedrohung der **Rechtsextremismus** in seinen vielfältigen Erscheinungsformen. Die vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren für die Demokratie, die staatliche Ordnung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stellen erhebliche Herausforderungen für Staat und Zivilgesellschaft dar. Dies gilt umso mehr in Krisenzeiten in denen Rechtsextremisten verstärkt versuchen, die Bevölkerung zu verunsichern und Misstrauen gegenüber Fremden zu schüren.

Die Präventionsagentur leistet ihren **Beitrag zur Extremismus-Prävention des Landes**, indem sie über extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen informiert. Sie ist dabei dem Motto: „**Prävention durch Information**“ verpflichtet. Ihre Tätigkeit ist keine politische Bildungsarbeit, auch handelt es sich nicht um eine pädagogische Aufgabe oder eine Form der (Jugend)-Sozialarbeit. Die von der Präventionsagentur vermittelten Informationen sollen vielmehr *ein* Angebot sein, um eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Extremismus und einen angeregten öffentlichen Diskurs zu führen.

Grundsätzlich steht die Präventionsagentur gegen Extremismus mit ihrer Expertise jeder Zielgruppe oder Einrichtung auf Anfrage zur Verfügung. **Schwerpunktzielgruppen sind Jugendliche und Heranwachsende.** Prävention soll möglichst früh ansetzen und insbesondere junge Menschen gegen den Extremismus wappnen und für demokratische Werte stark machen.

### 3. Fortentwicklung und besondere Maßnahmen der Präventionsagentur gegen Extremismus im Jahr 2022

Die Präventionsagentur gegen Extremismus hat nach Ende der Corona bedingten Einschränkungen verstärkt ihr Vortragsangebot beworben, so im schulischen Bereich und der Justiz. Speziell wurde dabei unter dem Gesichtspunkt der Ausgewogenheit auch auf

das Themenfeld Islamismus aufmerksam gemacht, das im Rahmen der Vortragstätigkeit in jüngerer Zeit vergleichsweise weniger nachgefragt wurde.

Die Informationen des vormaligen Intranetportals der Präventionsagentur gegen Extremismus für die Landes- und Kommunalverwaltung sind auf der Homepage des Ministeriums des Innern und für Sport integriert und somit allgemein zugänglich (s. u.: <https://gegen-extremismus.rlp.de/de/startseite/>). Die entsprechende Seite wurde im Jahr 2022 weiterentwickelt und aktualisiert. In diesem Zuge wurde die Homepage um ein Kapitel zum Themenfeld Antisemitismus erweitert (s. u.: <https://gegen-extremismus.rlp.de/de/gegen-antisemitismus/>).

Des Weiteren wurde unter Federführung der Präventionsagentur gegen Extremismus das Informationsangebot des Verfassungsschutzes auf der Homepage des Ministeriums des Innern und für Sport aktualisiert, ausgebaut und für den Relaunch 2023 vorbereitet.

Am 19. Mai 2022 nahm die Präventionsagentur gegen Extremismus an einer vom Ministerium für Bildung und dem Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz durchgeführten HYBRIDEN FACHTAGUNG ZU SCHULISCHEN BERATUNGSSTELLEN IN RHEINLAND-PFALZ in Präsenz im Weiterbildungszentrum Ingelheim teil und stellte ihr Vortrags-, Informations- und Beratungsangebot vor. Zielgruppen der Veranstaltung waren Schulleitungen, schulische Krisenteams sowie die Lehrerschaft.<sup>1</sup>

#### 4. Informations- und Vortragsveranstaltungen

Ein wichtiges Element der Arbeit der Präventionsagentur gegen Extremismus ist die Vortragstätigkeit im Rahmen von eigenen Informationsveranstaltungen und der Beteiligung an Informationsveranstaltungen anderer Einrichtungen. Durch den weitgehenden Wegfall der Corona bedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens war 2022 wieder ein deutlicher Anstieg der Vortragstätigkeit im Rahmen von Präsenzveranstaltungen zu verzeichnen. So konnten insgesamt 35 Termine zum Themenfeld Rechtsextremismus wahrgenommen werden (2021: 17), an denen sich zusammen rund 1.930 Personen beteiligten (2021: ca. 900). Auch für das laufende Jahr zeichnet sich ein Fortgang auf gleichem Niveau ab.

#### 5. Publikationen

Die Präventionsagentur gegen Extremismus hat 2022 - als neues Format - einen achtseitigen Flyer erstellt, der über den Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ informiert. Der in einer Erstauflage von 2.000 Exemplaren erschienene Flyer steht, wie alle weiteren Publikationen der Präventionsagentur und der

---

<sup>1</sup> Am 16. März 2023 fand eine weitere Veranstaltung statt, diesmal als digitale Fachtagung.

Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz auch auf der Homepage des Ministeriums des Innern und für Sport als Download zur Verfügung. Die Veröffentlichung war die bundesweit erste zu diesem Themenfeld.

In einer Auflage von 1.500 Exemplaren erschien im Mai 2022 der jährliche Verfassungsschutzbericht, der unter maßgeblicher Beteiligung der Präventionsagentur gegen Extremismus erstellt worden war. Im Berichtsteil „Extremismus-Prävention“ (s. S. 21 ff des Verfassungsschutzberichts 2021) wird exemplarisch auf Präventionsangebote und Einrichtungen hingewiesen, denen im Rahmen der (Rechts-)Extremismusprävention im Land eine hervorgehobene Bedeutung zukommt (z. B. Bündnis Demokratie gewinnt!, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit etc.).

In Vorbereitung zur Neuauflage befanden sich 2022 die Broschüren „Rechtsextremismus – Symbole und Kennzeichen“ sowie „Reichsbürger-Spektrum und Selbstverwalter“ (Druck und Herausgabe im Laufe des Jahres 2023).

## 6. Rechtsextremismus-Prävention

Rechtsextremismus-Prävention war auch im Jahr 2022 der Arbeitsschwerpunkt der Präventionsagentur gegen Extremismus. Dabei wurde neben dem Themenfeld Antisemitismus insbesondere den aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus Aufmerksamkeit zuteil. Hierzu zählten unter anderem die fortdauernden Bestrebungen von Rechtsextremisten, Anschluss an die gesellschaftliche Mitte zu finden. In diesem Kontext bezieht die Präventionsagentur auch den neuen Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ („Delegitimierer“-Szene) mit seinen Überschneidungen zum Rechtsextremismus und zur „Reichsbürger“-Szene in ihre Arbeit verstärkt mit ein. Ein Augenmerk galt weiterhin der virtuellen Vernetzung und Kommunikation von Rechtsextremisten und der daraus resultierenden Vermischung von Akteuren ganz unterschiedlicher Phänomenbereiche wie der oben genannten. Ebenso Aufmerksamkeit genossen die Verbreitung von Verschwörungstheorien, Desinformation und „Fake news“ von rechtsextremistischer Seite.

Folgende Maßnahmen und Projekte wurden initiiert beziehungsweise durch- / fortgeführt:

### 6.1 Kooperation, Koordination und Kommunikation

Die themen- und projektbezogene Zusammenarbeit sowie nicht zuletzt der informative Austausch mit den Ressorts und verschiedenen Landesbehörden blieben 2022 von hohem Stellenwert und großem allseitigen Nutzen.

Von hervorgehobener Bedeutung war auch im Jahr 2022 die Kooperation mit der **Staatskanzlei** im Rahmen des am 8. November 2017 unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidentin gegründeten Bündnisses „Demokratie gewinnt!“ sowie mit der Geschäftsstelle des Bündnisses. Die Präventionsagentur gegen Extremismus vertritt das Ministerium des Innern und für Sport (Mdl) im Aufsichtsgremium der Geschäftsstelle des Bündnisses und koordiniert im Mdl die Unterstützung der beziehungsweise die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle.

Im Bündnis „Demokratie gewinnt!“ engagieren sich zwischenzeitlich über 80 unterschiedlichste Organisationen und Einrichtungen aus Rheinland-Pfalz dafür, junge Menschen frühzeitig an Demokratie, Beteiligung und freiwilliges Engagement heranzuführen. Das Bündnis will dazu beitragen, die Lern- und Lebensorte von Kindern und Jugendlichen demokratisch und partizipativ zu gestalten, damit sie von klein auf demokratische Haltungen und Kompetenzen erwerben können. Es stärkt die bestehende Partnerstruktur, ermöglicht einen beständigen Austausch, vernetzt seine Mitglieder, fördert Kooperationen und setzt neue Impulse zur Förderung von Engagement, Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen (vgl. Anlage 2, Seite 1 ff.).

Des Weiteren fand 2022 ein informativer Austausch mit der Leitung des **Bürgerbüros bei der Staatskanzlei** statt, der eine umfassende Beratung zum Umgang mit Personen aus der „Reichsbürger“-Szene miteinschloss.

Wichtige Kooperationspartner blieben 2022 zudem das **Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (Abteilung Landesjugendamt, Demokratiezentrum RLP)** mit dem von dort koordinierten „**Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz**“. Die Präventionsagentur befindet sich im Austausch mit diesen Stellen und informiert auf den Treffen des Beratungsnetzwerkes regelmäßig über aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Rechtsextremismus sowie über die Lageentwicklung in Rheinland-Pfalz. Zudem stellt sie Informationsmaterial zur Verfügung.

Innerhalb des Ministeriums des Innern und für Sport wurde die gewachsene und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Präventionsagentur gegen Extremismus und dem Referat **Leitstelle Kriminalprävention** der Abteilung Polizei intensiviert. Die Präventionsagentur gegen Extremismus ist zudem im **Koordinierungsgremium des Landespräventionsrates** vertreten, nahm 2022 an dessen Sitzungen teil und brachte dort ihre Expertise ein.

Auf hohem Niveau fortgeführt wurde die Zusammenarbeit mit der **Fridtjof-Nansen-Akademie im Weiterbildungszentrum Ingelheim gGmbH**. Gegenstand der Zusammenarbeit waren u.a.:

Kooperationsprojekt „Weiterbildung zur zertifizierten Fachkraft für Rechtsextremismusprävention“

Das Kooperationsprojekt wurde im Jahr 2020 seitens der Präventionsagentur gegen Extremismus, der Leitstelle Kriminalprävention und dem Weiterbildungszentrum Ingelheim konzipiert. Die berufsbegleitende Weiterbildung besteht aus fünf inhaltsreichen Modulen, die von Grundlagen der politischen Bildung über fachlichen Input zum Themenfeld Rechtsextremismus bis zu psychologischen und didaktischen Aspekten reichen. Die Präventionsagentur gestaltet jeweils ein Modul der Weiterbildung inhaltlich mit und ist vor Ort mit einem Referenten vertreten. 2021 fand die erste Veranstaltungsreihe mit 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Weiterbildungszentrum Ingelheim statt. 2022 wurde die zweite Veranstaltungsreihe mit 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt; am 10. Februar 2023 erfolgte die Übergabe der Zertifikate an die Teilnehmenden. Zwischenzeitlich gewachsen ist auch das überregionale Interesse an der Weiterbildung, der Zuspruch – auch überregional – ist anhaltend rege.

Kooperationsprojekt „Studientage gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung“

Im Rahmen der auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., Ingelheim, in Kooperation mit der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim, der Präventionsagentur gegen Extremismus des Ministeriums des Innern und für Sport, der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Staatskanzlei, dem Landtag Rheinland-Pfalz und dem Ministerium für Bildung im Jahr 2009 konzipierten Veranstaltungsreihe finden im Normalfall jährlich rund 10 Studientage für Jahrgänge der Sekundarstufe II der allgemein- und berufsbildenden Schulen statt. Die Studientage, die sich in Workshop- und Plenumsphasen sowie interaktive Elemente gliedern, werden zentral in den Räumlichkeiten des Weiterbildungszentrums Ingelheim durchgeführt. Im Jahr 2022 beteiligte sich die Präventionsagentur an fünf der acht Studientage (2021: drei) mit rund 500 teilnehmenden Schülerinnen und Schülern (2021: 280).

Die bewährte Veranstaltungsreihe wird stetig evaluiert und fortentwickelt. Die jährlich stattfindenden Evaluierungen mittels Fragebögen weisen eine ungebrochen positive Bilanz auf. Dies zeigt, dass sich das Veranstaltungsformat bewährt hat und bei der Zielgruppe ungebrochen auf Resonanz stößt.

### Kooperationsprojekt Studientag „Eine Welt: Kennenlernen, Vorurteile abbauen, sicher zusammen leben“

Das Format Studientag „Eine Welt“ wurde vom Ministerium des Innern und für Sport, vertreten durch die Präventionsagentur gegen Extremismus, die Leitstelle Kriminalprävention und das Referat Partnerland Ruanda / Entwicklungszusammenarbeit in Kooperation mit der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim konzipiert. Der Studientag richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 8. Jahrgangsstufe oder entsprechenden Altersgruppen. Er wählt bewusst einen niedrigschwelligen Ansatz, der vor allem auf Austausch, Erlebnis- und Handlungsorientierung setzt.

Der Studientag lädt die Teilnehmenden dazu ein, sich mit den Herausforderungen, denen Menschen in Ländern des Globalen Südens gegenüberstehen, sowie mit aktuellen Herausforderungen in Deutschland auseinanderzusetzen. Gemeinsam wollen wir Wahrnehmungsmuster hinterfragen, Gemeinsamkeiten entdecken und Diversität wertschätzen. Damit umfasst der Studientag nicht nur einen Perspektivwechsel, sondern auch die Reflektion der eigenen Rolle in einer heterogenen Gesellschaft. Am Ende steht die Frage, wie wir in der „Einen Welt“ sicher und gut zusammenleben können.

Am 22. November 2022 wurde der Studientag „Eine Welt: Kennenlernen, Vorurteile abbauen, sicher zusammen leben“ zum ersten Mal durchgeführt. An diesem Tag fanden zwei erste Durchgänge gleichzeitig mit zwei achten Klassen eines Gymnasiums statt. Weitere Buchungen für den Studientag stehen bereits fürs 2023 aus.

### 6.2 Maßnahmen gegen Hass und Hetze im Internet

Hass und Hetze verbreiteten sich auch 2022 im Internet und den sozialen Medien mit anhaltend hoher Intensität. In einem Großteil der Fälle lag wiederum eine politisch „rechte“ Motivation zugrunde oder ließ Bezüge zum Rechtsextremismus erkennen. Das Thema blieb daher ein Gegenstand der Vortragstätigkeit und des Berichtswesens der Präventionsagentur. Diesbezüglich bestand ein enger Austausch mit der 2019 bei der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz eingerichteten Taskforce „Gewaltaufrufe rechts“ (nunmehr „Internetauswertung rechts“).

### 6.3 Maßnahmen gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Das Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bildete 2022 weiterhin einen Schwerpunkt der Präventionsagentur gegen Extremismus, so im Rahmen der Vortragstätigkeit. Die Agentur bewirbt ihr Informationsangebot im vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration im November 2020 veröffentlichten Landesaktionsplan gegen Rassismus und

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und vertritt das Ministerium des Innern und für Sport im Beirat des Landesaktionsplans.

Am 29. November 2022 nahm die Präventionsagentur gegen Extremismus an einer (digitalen) Sitzung des Beirats in Mainz teil.

#### 6.4 Informations- und Beratungstätigkeit

Die Präventionsagentur gegen Extremismus beriet und informierte auch 2022 auf Anfrage individuell sowie eigeninitiativ die Landesverwaltung, Behörden und andere Einrichtungen des Landes sowie Kreise, Kommunen und örtliche Verwaltungsbehörden schwerpunktmäßig über Rechtsextremismus und „Reichsbürger“-Szene. Thematisiert wurde insbesondere:

- Verbreitung von Hetze im Internet,
- Auftreten und Aktivitäten von Rechtsextremisten, so im Rahmen von öffentlichkeitswirksamen Aktionen,
- allgemeine Entwicklungen im Rechtsextremismus,
- Auftreten der „Reichsbürger“-Szene (insb. gegenüber Bediensteten der Kommunen).

Des Weiteren informierte die Präventionsagentur über Präventionsangebote und -konzepte des Landes.

Zudem beantwortete die Präventionsagentur Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern sowie gesellschaftlichen Gruppen – insbesondere Initiativen gegen Rechtsextremismus.

#### 6.5 Vortragstätigkeit zu den Themenfeldern Rechtsextremismus und „Reichsbürger“

Die Vortragstätigkeit, die unter dem Motto „Prävention durch Information“ steht, ist und bleibt eine wichtige Säule in der Arbeit der Präventionsagentur. Die Vorträge ermöglichen es, mit den jeweiligen Zuhörerinnen und Zuhörern unmittelbar ins Gespräch zu kommen, um sich diskursiv auszutauschen. Neben dem Vortragsformat bietet die Präventionsagentur auf Anfrage auch themenbezogene Workshops an.

Die Präventionsagentur gegen Extremismus konnte 2022 eigenständig oder gemeinsam mit Kooperationspartnern 16 Informationsveranstaltungen unterschiedlichen Formats zu den Themenbereichen Rechtsextremismus und „Reichsbürger“-Spektrum durchführen (2021: acht), an denen rund 800 Personen teilnahmen (2021: 370). Die wichtigste und größte Zielgruppe waren wieder Jugendliche.

Insgesamt erreichten damit die in den vierzehn Jahren seit Gründung der Präventionsagentur durchgeführten oder unter ihrer Beteiligung realisierten rund 400 Informationsveranstaltungen zum Themenfeld Rechtsextremismus landesweit ca. 28.570 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

### 6.6 Demokratie-Tag 2022

Der jährliche Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz ist eine gemeinsame Veranstaltung der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim, der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., der Staatskanzlei, des Landtags, des Ministeriums für Bildung, des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung sowie der Stadt Ingelheim und des Instituts für Lehrerfort- und -weiterbildung in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern und Unterstützern. Zu Letzteren zählt das Ministerium des Innern und für Sport, vertreten durch die Präventionsagentur gegen Extremismus.

Der nunmehr 17. Demokratie-Tag fand am 29. Oktober 2022 in Ingelheim nunmehr nach zwei Jahren Corona bedingter digitaler Veranstaltungen wieder mit Publikumspräsenz statt. Er stand unter dem Motto:

**„Demokratisch denken und handeln für  
eine Zukunft in Frieden und Vielfalt.“**

**Der Demokratie-Tag im  
Europäischen Jahr der Jugend.**

Neben einem Bühnenprogramm und Workshops fanden eine Ausstellung und ein Markt der Möglichkeiten unter reger Beteiligung und einer Vielzahl von Beiträgen statt. Insgesamt waren 22 Workshops vor Ort sowie vier online. Bei der Ausstellung „Markt der Möglichkeiten“ stellten sich 47 Institutionen, Organisationen, Verbände, Schulen, Volkshochschulen, zivilgesellschaftliche Bündnisse und Projekte vor.

Zum zweiten Mal wurde die zentrale Veranstaltung in Ingelheim ergänzt durch sechs sogenannte Satellitenstandorte in anderen Regionen von Rheinland-Pfalz (Altenkirchen, Trier, Worms, Ludwigshafen, Mainz und das Hambacher Schloss). Zum ersten Mal gab es dabei eine zusätzliche Veranstaltung mit einer Projektwoche in Scy Chazelles in der Nähe von Metz in Frankreich.

Allein auf der Hauptveranstaltung in Ingelheim am Rhein hatten sich etwa 1100 Teilnehmende angemeldet. Die weiteren sieben Veranstaltungsorte konnten weitere ca. 750 Teilnehmende melden. Damit war der 17. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz der bisher größte seiner Art, seit seiner ersten Durchführung 2006. Nicht enthalten sind darin noch diejenigen, die den Live-Stream gesehen haben und die Zuschauerinnen und Zuschauer der Offenen Kanäle Rheinland-Pfalz.

Die Präventionsagentur gegen Extremismus hat den „Demokratie-Tag“ wie bereits in den Vorjahren unterstützt. Neben einer finanziellen Förderung war die Agentur beim Demokratie-Tag 2022 mit einem ganztägigen Infostand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten.

#### 6.7 Informationsveranstaltungen im Justizbereich

Im Jahr 2022 fanden an der Justizvollzugsschule Wittlich für Justizbedienstete zwei Informationsveranstaltungen mit Seminarcharakter zum Themenspektrum Rechts-extremismus unter Beteiligung der Präventionsagentur statt. Kooperationspartner bei dieser seit mehreren Jahren stattfindenden, bewährten Veranstaltungsreihe sind das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

#### 7. Prävention zum Themenfeld „Reichsbürger“-Spektrum

Ein arbeitsintensiver Schwerpunkt der Präventionsagentur war auch im Jahr 2022 die Fortführung der bereits seit 2017 verstärkten Prävention hinsichtlich des „Reichsbürger“-Spektrums. In diesem Zusammenhang fand weiterhin eine fortlaufende umfassende Analyse der Ergebnisse der vorausgegangenen landesweiten Datenerhebung und der in deren Folge gewonnenen Erkenntnisse statt. Die Auswertungsergebnisse und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen flossen nebst vielfältiger verwaltungsseitiger Erfahrungen und offen verwertbarer Erkenntnisse über das „Reichsbürger“-Spektrum aus dem Verfassungsschutzverbund unmittelbar in die Präventionsarbeit und die Bericht-erstellung gegenüber dem Landtag ein.

Breiten Raum nahm 2022 erneut die Beratung der öffentlichen Verwaltung durch die Präventionsagentur gegen Extremismus zu Fragen im Umgang mit „Reichsbürgern“ ein.

#### 8. Prävention zum Themenfeld Islamismus

Zum Themenfeld Islamismus gab es im Jahr 2022 nur eine Informationsveranstaltung mit rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Des Weiteren wurden der allgemeine und fallspezifische Austausch mit den Ressorts und Landesbehörden sowie die Beratung von Behörden fortgeführt. Um die Nachfrage zu erhöhen wurden die Schulleitungen im Land

sowie die Justizvollzugseinrichtungen mit dem Vortragsangebot zum Themenfeld Islamismus gezielt vertraut gemacht.

#### 9. Prävention zu sonstigen Themenfeldern

Im Themenbereich Cybersicherheit fanden 15 Informationsveranstaltungen statt (2021: acht), an denen sich rund 1.000 Personen beteiligten (2022: ca. 490). Die Meldungen von Hackerangriffen auf Behörden, kleine und mittelständische Unternehmen oder politische Institutionen mehren sich in den letzten Jahren kontinuierlich. Beim Wirtschaftsschutz hat der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz daher sein Dienstleistungsangebot im Bereich der präventiven Cyberspionage- und Cybersabotageabwehr kontinuierlich ausgebaut.

Unter dem Aspekt der Vertraulichkeit unterstützt die Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz als staatlicher Ansprechpartner zudem Unternehmen, Behörden sowie Betreiber kritischer Infrastrukturen bei der Prävention und Abwehr gezielter Angriffe mit Spionage- oder Sabotagehintergrund.

#### 10. Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit der Präventionsagentur gegen Extremismus

Das Fachwissen der Präventionsagentur floss im Jahr 2022 regelmäßig in das breit gefächerte Berichtswesen der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz ein. Hierzu zählt nicht zuletzt die Berichterstattung gegenüber dem Landtag.

Die Präventionsagentur war 2022 inhaltlich wie auch redaktionell mit der Erstellung des Verfassungsschutzberichts 2021 befasst. Der am 25. Mai 2022 vorgestellte Bericht beinhaltet umfassende Informationen über die Beobachtungsfelder des Verfassungsschutzes. Im vierten Jahr in Folge wurden den Ausführungen zu den einzelnen Bereichen wieder mehrere Artikel mit Brennpunktthemen vorangestellt. Wie in den Vorjahren stießen diese angesichts ihrer Aktualität auf erkennbare Resonanz bei den Leserinnen und Lesern. Der Verfassungsschutzbericht erreichte wieder einen großen Verteilerkreis und wurde von der Präventionsagentur zudem auf Informationsveranstaltungen verteilt.

## - Anlage 2 -

### **Bilanz 2022 der Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus**

#### **1. Staatskanzlei**

Die Maßnahmen der Staatskanzlei gegen Rechtsextremismus richten sich an ein breites Spektrum der Gesellschaft. Ihre Schwerpunkte sind die Förderung von:

- Gesamtgesellschaftlichem und bürgerschaftlichem Engagement,
- Demokratiebewusstsein, Demokratiebildung und Partizipation,
- Zivilcourage.

Dies wird durch folgende Maßnahmen verwirklicht:

#### Landesweiter „Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz“

Einmal im Jahr findet in Rheinland-Pfalz ein landesweiter Demokratie-Tag statt. Er richtet sich an Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Pädagoginnen und Pädagogen.

Vermittelt werden sollen:

- Kompetenzen über Demokratie,
- Kompetenzen für Demokratie,
- Kompetenzen durch Demokratie im Kontext gemeinsamer Erfahrung.

Der Demokratie-Tag wurde 2006 aus dem Bund-Länder-Kommissions-Programm „Demokratie lernen & leben“ entwickelt, an dem sich Rheinland-Pfalz von 2002 bis 2007 beteiligte. Zunächst auf Schule fokussiert, wurde der Demokratie-Tag kontinuierlich weiterentwickelt. So wurde er für die außerschulische Jugendbildung, landespolitische Demokratie-Debatten und die Erwachsenenbildung geöffnet.

Der Demokratie-Tag begreift sich als zentraler demokratischer Erfahrungsraum für Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz. Beteiligung und aktives Engagement von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung von Schule und Gemeinwesen stehen dabei im Mittelpunkt. Der Demokratie-Tag dient als Forum des Austauschs interessierter Schulen und Einzelpersonen, der Institutionen und Multiplikatoren der Politischen Bildung, der Jugendarbeit und Jugendbildung sowie zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Gewalt in Schulen ist stets ein wichtiges Thema der Veranstaltung.

Der Demokratie-Tag ist bundesweit einmalig in seiner Breite und Vielfalt. Er hat sich in den vergangenen Jahren als Forum des Austauschs, aber auch der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung der Demokratie- und Engagementförderung in Rheinland-Pfalz etabliert.

2022 stand der 17. Demokratie-Tag unter dem Motto „Demokratisch denken und handeln für eine Zukunft in Frieden und Vielfalt – Der Demokratie-Tag im Europäischen Jahr der Jugend“. Er fand am Weiterbildungszentrum Ingelheim (WBZ) statt. In einem vielfältigen Bühnen- und Workshop-Programm wurde der Frage nachgegangen, wie Demokratie als Lebensform, als Gesellschaftsform und als Regierungsform erhalten und weiterentwickelt werden muss – gerade vor dem Hintergrund vielfältiger Krisen, wie der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg. Hass, Hetze und Desinformation wurden dabei ebenfalls diskutiert. 22 Workshops fanden in Präsenz statt, vier online. 47 Aussteller, bestehend aus verschiedenen Initiativen, Organisationen, Schulen, Volkshochschulen und Bündnissen, präsentierten sich und ihre Arbeit rund um das Thema Demokratie.

Aufgrund der Corona-Pandemie musste der 15. Demokratie-Tag 2020 komplett digital und der 16. Demokratie-Tag 2021 in hybrider Form durchgeführt werden. Die daraus entstandenen Veranstaltungsformate der sogenannten Satelliten-Veranstaltungen wurden für den 17. Demokratie-Tag 2022 übernommen. Insgesamt sieben Satelliten-Veranstaltungen fanden zeitlich zum Demokratie-Tag an folgenden Orten statt: Altenkirchen, Trier, Mainz, Worms, Ludwigshafen, auf dem Hambacher Schloss sowie in Scy Chazelles in Frankreich. Das Modell der Satelliten-Veranstaltungen ermöglicht eine große Reichweite und die Einbindung von Akteuren und Veranstaltungen in verschiedenen Regionen des Landes. Es soll künftig weitergeführt werden.

Zudem wurde der Demokratie-Tag komplett vom Offenen Kanal gestreamt und ins Netz gestellt. Für die Erwachsenenbildung fand im Rahmen des 17. Demokratie-Tags eine Abendveranstaltung zum Thema „Geschichten des Ankommens. Perspektiven auf Migration und Integration seit 1945“ statt.

Ein Höhepunkt und Meilenstein war der 12. Demokratie-Tag am 6. November 2017, als durch die Ministerpräsidentin das Bündnis „Demokratie gewinnt!“ gegründet wurde.

### Bündnis „Demokratie gewinnt!“

Kompetenzen zu vermitteln, die Menschen benötigen, um Demokratie als Lebensform zu leben, teilzuhaben und diese in einer Gemeinschaft mit anderen aktiv zu gestalten, ist das Ziel des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“. Es ist ein starkes Netzwerk mit Vertretern von über 80 Mitgliedern aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationen sowie aus Unternehmen.

Gegründet wurde das Bündnis im Rahmen des 12. Demokratie-Tags Rheinland-Pfalz am 8. November 2017 in Mainz auf Initiative von Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Ziel ist es Menschen so früh, wie möglich in demokratische Prozesse einzubinden, Beteiligung zu üben und zu fördern sowie an freiwilliges Engagement heranzuführen. Mit der Gründung des Bündnisses „Demokratie gewinnt“ setzen die Partnerinnen und Partner ein klares politisches Signal für Vielfalt und Akzeptanz, Offenheit, Menschlichkeit und sozialen Zusammenhalt sowie gegen Extremismus jeglicher Art und Demokratiefeindlichkeit.

Das Bündnis „Demokratie gewinnt“ versteht sich als ein zugangsoffenes Arbeitsbündnis. Weitere Organisationen aus Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die sich zu den gemeinsamen Anliegen und Zielen bekennen und Ressourcen in die Zusammenarbeit einbringen, sind als Bündnispartner willkommen.

Koordiniert wird das Bündnis im Auftrag der Schirmherrin, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, von der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Durch das gemeinsame Engagement von Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Landtag Rheinland-Pfalz, Ministerium für Bildung (BM), Ministerium des Innern und für Sport (Mdl), Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD), Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI), Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit (MWG), zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., der Stadt Ingelheim am Rhein und der Weiterbildungszentrum Ingelheim gGmbH war es möglich, für die Arbeit des Bündnisses eine eigene Infrastruktur bereitzustellen.

Die Einrichtung eines Programmbereichs Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt als Geschäftsstelle für den „Demokratie-Tag“ und das Bündnis „Demokratie gewinnt!“, angebunden an die Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim, bietet seit dem Jahr 2019 die Chance, Planung und Organisation von Demokratie-Tag und Bündnis auf eine stabile Grundlage zu stellen und

stetig weiter zu entwickeln. Hierfür wurde eine Kooperationsvereinbarung für die Jahre 2019 und 2020 abgeschlossen, die für das Jahr 2021 sowie das Jahr 2022 verlängert wurde. Diese Struktur und ihre Arbeit sollen auch in den folgenden Jahren gesichert werden. Entsprechende Vorkehrungen sind hierfür bereits getroffen worden. Die Geschäftsstelle ist mit einem Umfang von 1,5 Stellen ausgestattet. Seit ihrer Einrichtung konnten die Aktivitäten des Bündnisses deutlich gesteigert werden, sowie der Demokratie-Tag als jährlich stattfindende Veranstaltung als öffentlich wahrnehmbares Signal für Demokratie, Vielfalt, Respekt und Toleranz in unserer Gesellschaft etabliert werden. Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, gemeinsame Vorhaben und Planungen haben dem Bündnis Struktur und Wirksamkeit verliehen. Daran wird auch künftig weitergearbeitet.

Der weiter wachsende Kreis der Bündnis-Mitglieder wird regelmäßig durch einen Newsletter der Geschäftsstelle über Aktivitäten und Veranstaltungen, Kooperationen und Projekte von Bündnis-Mitgliedern informiert. Zudem bietet ein monatlich stattfindender Bündnis-Kaffee-Klatsch neuen Mitgliedern die Möglichkeit sich und ihre Arbeit vorzustellen und in Austausch um demokratiepolitische und -pädagogische Themen zu treten.

#### Toolbox für die Gestaltung schulischer Demokratie-Tage in Rheinland-Pfalz

Die Förderung von Partizipation und Engagement leistet einen wertvollen Beitrag zur Prävention von Rechtsextremismus und Extremismus im Allgemeinen. Ein wichtiger Baustein ist der 2021 verbindliche Demokratie-Tag an allen weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Die Schulen können diesen Tag individuell gestalten. Um Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler bei der Planung und Umsetzung des Tages zu unterstützen, hat die Leitstelle für Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Rheinland-Pfalz eine modulare Toolbox „Engagement für schulische Demokratietage“ zusammengestellt. Sie bündelt Impulse und Ideen, Checklisten und Methodentipps sowie hilfreiche Kontakte und anschauliche Beispiele rund um die Themen junges Engagement, Ehrenamt und Freiwilligenarbeit.

Die Toolbox unterstützt von der Planung bis zur Nachbereitung von schulischen Demokratie-Tagen.

Zusammenfassend können Kontexte eines demokratieförderlichen Lernens und Lebens in der Schule als die schulischen Erfahrungsbereiche bestimmt werden, die Information über Demokratie, Kompetenzen für Demokratie und Erfahrung durch Demokratie vermitteln.

### Jahrestagung der „Allianz Vielfältige Demokratie“

Im Oktober 2015 wurde die „Allianz Vielfältige Demokratie“ auf Initiative der Bertelsmann-Stiftung gegründet. Ziel ist es, die Allianz als Ort des Austausches zu Fragen der Demokratieentwicklung und Bürgerbeteiligung in kommunalen und regionalen Bereich zu etablieren. Im Jahr 2018 wurde die Geschäftsleitung an das Berlin Institut für Partizipation (bipar) überführt.

Ein zentrales Kernelement für den Diskurs, den Austausch und die Öffentlichkeitsarbeit ist die regelmäßig stattfindende Jahrestagung der Allianz, die wechselnd von unterschiedlichen Mitgliedern ausgerichtet wird. Vom 23. bis 24. Juni 2022 fand die Jahrestagung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz statt. Die Konzeption dieser hochkarätigen Tagung wurde in Kooperation der Allianz mit der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung entwickelt. Die Arbeit und Wirkung des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“, des Demokratie-Tags und die Förderung von Engagement und Partizipation junger Menschen wurde vorgestellt. In diesen Bereichen ist Rheinland-Pfalz deutschlandweit Vorreiter.

Die Tagung stand unter dem Motto „Beteiligung. Macht. Zukunft.“ Es wurde deutlich, dass die Weiterentwicklung der Demokratie und der Ausbau von Möglichkeiten der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe sind. Dialog, Partizipation und Bürgerbeteiligung stärken die Demokratie und eröffnen neue Wege für die Bewältigung der komplexer werdenden gesellschaftlichen Herausforderungen.

Die Jahrestagung wurde mit einer Rede der Ministerpräsidentin eröffnet. Das Tagungsprogramm bot Impulsvorträge, Diskussionen und Thementische. Dort standen u.a. folgende Themen und Beiträge im Mittelpunkt: Beteiligungsprozesse, digital, kommunal, transparent; Wirkungschancen junger Menschen in der Politik; Erfahrungen mit Bürgerräten; der partizipative Staat.

Die Abendveranstaltung stand unter dem Motto „Partizipation lernen. Jugend beteiligen. Das Bündnis ‚Demokratie gewinnt!‘ in Rheinland-Pfalz“. In einer Talkrunde haben Mitglieder aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien sich und ihre Arbeit im Bündnis vorgestellt. Die Struktur, die Arbeit und die Wirkung des Bündnisses, des Demokratie-Tags und die Förderung von Engagement und Partizipation junger Menschen wurde in den Mittelpunkt gestellt. Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF, beleuchtete die Rolle der Medien für die Demokratieentwicklung in einem Impulsvortrag. Im Anschluss wurde der Medienpreis der Allianz Vielfältige Demokratie vergeben.

„BrückenPreis“: Engagement leben, Brücken bauen, Integration stärken. Der Preis für Integration durch bürgerschaftliches Engagement

Mit dem „BrückenPreis“ ehrt die Ministerpräsidentin Projekte, Organisationen und Engagierte in Rheinland-Pfalz, die sich unermüdlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, der die Grundlage für unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft bildet.

Bei der Verleihung des 15. Brückenpreises am 3. Dezember 2022 wurde in den sechs Kategorien folgende Preise verliehen:

- Bürgerschaftliches Engagement von Jung und Alt: Der Kinderschutzbund Bernkastel-Wittlich e.V. mit dem Projekt „Kaufen mit Herz – Engagement das wirkt“.
- Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit und ohne Behinderungen: Ökumenisches Gemeinschaftswerk Pfalz GmbH mit dem Projekt „inklusiv unterwegs – Radwander- und Sportgruppe der Westpfalz-Werkstätten“.
- Bürgerschaftliches Engagement für und von Migrantinnen/Migranten und Flüchtlingen: FC Ente Bagdad mit dem Projekt „You‘ll never watschel alone“.
- Bürgerschaftliches Engagement gegen soziale Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung: Protestantische Kirchengemeinde Bad Bergzabern mit dem Projekt „BüroLichtBlick“.
- Bürgerschaftliches Engagement aus Rheinland-Pfalz in die Welt: Weltladen Remagen-Sinzig mit dem Projekt „Fair – SolidAHRisch – Nachhaltig“.
- Bürgerschaftliches Engagement für eine nachhaltige Welt: Casa del Sol e.V. mit dem Projekt „Vielfalt bildet Nachhaltigkeit“.

Auch die Auseinandersetzung mit und der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sowie die Integration von Geflüchteten oder Menschen mit Behinderung sind dabei wichtige Anliegen.

Eine Übersicht über Preisträger der vergangenen Jahre findet sich auf <https://wir-tun-was.rlp.de/de/anerkennung/>.

Jugend-Engagement-Wettbewerb RLP „Sich einmischen – was bewegen“

Die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und die Bertelsmann Stiftung haben im Jahr 2014 erstmals den Jugend-Engagement-Wettbewerb RLP „Sich einmischen – was bewegen“ ausgeschrieben. Der Wettbewerb ist ein Ergebnis des landesweiten Beteiligungsprojekts „jugendforum rlp. liken, teilen, was bewegen“. Gruppen und Initiativen von Jugendlichen

können dabei unkomplizierte finanzielle Unterstützung erhalten, um ihre Ideen und Vorhaben vor Ort zu realisieren. Seit 2015 wird der Wettbewerb mit wachsender Resonanz wiederholt. Unter den Preisträgerinnen und Preisträgern waren und sind jeweils auch Projekte, die sich mit ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und Gewalt und für ein vielfältiges, friedliches und respektvolles Zusammenleben einsetzen.

Im Jahr 2022 hat die Jury von 33 Bewerbungen 29 als Preisträger ausgewählt. Die Preisverleihung findet am 10. März 2023 statt.

Eine Übersicht über die Preisträger der letzten beiden Jahre findet sich auf <https://wir-tun-was.rlp.de/de/erkennung/jugend-engagement-wettbewerb/>

Im Jahr 2023 wird der Wettbewerb in der inzwischen zehnten Runde erneut ausgeschrieben.

### Studientage gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung

Jugendliche und junge Erwachsene sind die Hauptzielgruppe rechtsextremistischer Propaganda. Sie umfassend aufzuklären, ihnen die Bedeutung von Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement in Schule und Gesellschaft zu verdeutlichen und zu stärken ist das Ziel der „Studientage gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung“.

Seit dem Jahr 2009 werden jährlich bis zu zehn Studientage gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen allgemein- und berufsbildender Schulen angeboten. Die Studientage werden von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. in Zusammenarbeit mit dem Landtag Rheinland-Pfalz, der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei, dem Mdl – Präventionsagentur gegen Extremismus und dem BM, der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e. V. und der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim ausgerichtet. Unterstützt werden sie von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen und staatlicher Stellen.

Im Jahr 2022 fanden acht Studientage am Weiterbildungszentrum Ingelheim statt.

## **2. Ministerium des Innern und für Sport**

### **2.1 Verfassungsschutz**

Extremismus ist per se eine Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft. In besonderem Maße trifft dies aufgrund der historischen Erfahrungen, der weltanschaulich-ideologischen Merkmale und der aktuellen Lageentwicklung für den Rechtsextremismus zu. Von hervorgehobener sicherheitsbehördlicher Relevanz sind dabei der gewaltorientierte Rechtsextremismus und der Rechtsterrorismus.

Die rechtsextremistische Szene hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Dynamische Radikalisierungsverläufe auch außerhalb bekannter Strukturen bis hin zum Terrorismus, eine fortschreitende Virtualisierung und Vernetzung, Entgrenzungstendenzen zur demokratischen Mitte und eine gewisse Revitalisierung der „Neuen Rechten“ spiegeln unter anderem diesen Wandel wider. Auffällige Ähnlichkeiten und eine weltanschauliche Schnittmenge bestehen zwischen Rechtsextremisten, der „Reichsbürger-“ und der „Delegitimierer“-Szene; letztere wird seit April 2021 vom Verfassungsschutz beobachtet. Es sind Mischszenen entstanden, die einen hohen Radikalisierungsgrad aufweisen.

Der Verfassungsschutz hat diese und weitere Entwicklungen im Blick. Zudem ist das Themenfeld Rechtsextremismus in allen seinen hier ansatzweise beschriebenen Facetten Mittelpunkt der Präventionsarbeit unter dem Motto „Prävention durch Information“. Wahrgenommen wird sie von der Präventionsagentur gegen Extremismus, die 2008 bei der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz eingerichtet wurde. Über die Arbeit der Agentur im Jahr 2022 informiert die Anlage 1.

### **2.2 Polizei**

Politisch motivierte Kriminalität muss mit aller Kraft geächtet, verhindert und verfolgt werden. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus nimmt hierbei einen besonders hohen Stellenwert ein. Sie fordert ein kontinuierliches und konsequentes, abgestimmtes Vorgehen der Sicherheitsbehörden und bleibt Schwerpunkt polizeilicher Aufgabenwahrnehmung in Rheinland-Pfalz.

Die Polizei unterstützte auch im Jahr 2022 die Präventionsveranstaltungen und Projekte anderer Institutionen und Einrichtungen zur Thematik Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Dabei führte sie bewährte Projekte und Kooperationen fort, z. B.:

- Teilnahme am Präventionskonzept „PIT“ (Prävention im Team).
- Mitarbeit im Projekt „Kompetenznetzwerk Demokratie leben!“ des „Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“ des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung.
- Zusammenarbeit mit dem in Mainz ansässigen gemeinsamen Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet „jugendschutz.net“ zur Durchsetzung des Jugendschutzes im Internet.
- Unterstützung der beim Verfassungsschutz eingerichteten „Präventionsagentur gegen Extremismus“.

Herauszustellen sind ferner folgende Präventionsaktivitäten im Jahr 2022, welche die Polizei selbst durchführte oder an denen sie sich beteiligte:

Zur Verbesserung der Sicherheit jüdischer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz unter anderem zum Schutz vor rechtsmotivierten Gewalttaten bewertete das Landeskriminalamt bereits in 2020 die technischen Sicherheitsvorkehrungen von Liegenschaften jüdischer Gemeinden und unterbreitete Vorschläge zur Verbesserung der Sicherungsmaßnahmen. Darauf aufbauend fanden 2022 tauschte sich das LKA fortlaufend mit Vertretern des beauftragten Architektenbüros, dem Finanzministerium und dem LBB zum jeweiligen Planungs- und Baufortschritt an den jüdischen Objekten aus. Im Zusammenhang mit der Aufnahme der SchUM-Städte (Mainz, Worms, Speyer) in das UNESCO Weltkulturerbe, erfolgten sicherungstechnische Beratungen der jeweiligen Liegenschaften.

Angehörige des Polizeipräsidiums Trier arbeiteten fortlaufend im Arbeitskreis „Demokratie Leben“ in Trier, Konz und Saarburg mit. Dabei informierten die Teilnehmer insbesondere über die Hintergründe der sogenannten Montagsspaziergänge von Kritikerinnen und Kritikern der staatlichen Corona-Bekämpfungsmaßnahmen sowie den Aktivitäten der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ im Raum Trier.

Darüber hinaus organisierte das Polizeipräsidium Trier drei Informationsveranstaltungen für insgesamt 45 Polizeibeschäftigte, Pädagoginnen und Pädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Staatsanwältinnen und -anwälte zu Möglichkeiten der Bekämpfung von Antisemitismus. Polizeibeamtinnen und -beamte des Polizeipräsidiums Koblenz organisierten im Mai 2022 ein Projekt zum Thema Gewaltprävention und Rechtsextremismus in drei Klassen einer weiterführenden Schule. Hierbei wurden ca. 60 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Mitarbeitende des Polizeipräsidiums Mainz führten am 18. Oktober 2022 unter dem Label der „Initiative gegen Hass und Hetze im Netz – #contrahassRLP“ eine Veranstaltung zum Thema „Hass. Online. – Dynamik in Sozialen Medien“ durch. Zielgruppe waren alle

Mitarbeitenden des Polizeipräsidiums Mainz sowie des Landeskriminalamts. An der hybrid angebotenen Veranstaltung nahmen mindestens 59 Personen teil.

Angehörige des Polizeipräsidiums Rheinpfalz arbeiteten aktiv im „Arbeitskreis Radikalisierung“ des Rates für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen mit.

Darüber hinaus berieten sie am 21. Oktober 2022 anlässlich einer Bedrohung durch einen sogenannten Reichsbürger Mitarbeitende des Jobcenters Landau-Südliche Weinstraße über mögliche Maßnahmen zur Gefahrenminimierung.

Das Polizeipräsidium Westpfalz führte am 15. November 2022 an der Meisterschule für Handwerker in Kaiserslautern gemeinsam mit der „Medien und Bildung GmbH“ zum Thema „Hatespeech“ bei insgesamt 15 Auszubildenden der Meisterschule durch. Dabei stellten die Vortragenden auch die rheinland-pfälzische Beratungsstelle „SoliNet“ sowie die Initiative „ContraHass.RLP“ vor.

Angesichts der abnehmenden Herausforderungen und Einschränkungen durch die Corona-Pandemie konnte die Leitstelle Kriminalprävention im Mdl 2022 wieder mehr Kommunen, Vereine und Initiativen mit Landesmitteln bei der Durchführung von Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus unterstützen.

Erwähnenswert sind beispielsweise die jährlich durch die Fridtjof-Nansen-Akademie im Weiterbildungszentrum Ingelheim ausgerichteten und von der Leitstelle finanziell unterstützten „Studententage gegen Rechtsextremismus“.

Zudem fand eine gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz umgesetzte zweitägige bundesweite Fachtagung zum Thema Hass und Hetze im Netz statt.

Darüber hinaus realisierte die Leitstelle Kriminalprävention folgende Maßnahmen und Projekte:

- Initiative contraHass Rheinland-Pfalz

Hass und Hetze im Internet nehmen - auch nach der Wahrnehmung der Sicherheitsbehörden - in einem aktuell kaum mehr quantifizierbaren Maße zu. Die Enthemmung und Entgrenzung der verbalen Verlautbarungen in sozialen Netzwerken, Chats, Kommentarspalten etc. scheinen grenzenlos. Die von der Polizei Rheinland-Pfalz umgesetzte Initiative contraHass RLP möchte dieser Entwicklung entgegenwirken.

Durch die strukturierte Bearbeitung des Themas in verschiedenen Handlungsfeldern möchte contraHass RLP insbesondere:

- Polizei und Justiz als kompetente Ansprechpartner in Fällen von Hass und Hetze im Netz präsentieren,
- vorhandene Meldewege bewerben,
- die individuelle Selbstwirksamkeitserwartung von Betroffenen erhöhen,
- den Umgang mit Betroffenen weiter professionalisieren und
- das Bewusstsein für die Strafbarkeit bzw. die Auswirkungen von Hass und Hetze im Netz stärken.

Die Weiterentwicklung der Online-Wache in Rheinland-Pfalz mit der Ausweisung eines eigenen Bereichs für Hass im Netz als niedrigschwelliges Angebot für die Anzeige von derartigen Straftaten, eine ganzheitliche Öffentlichkeitsarbeit - sowohl nach außen als auch nach innen in die Polizei gerichtet - sowie die enge Zusammenarbeit mit Justiz, Plattformbetreibern und anderen im Phänomenbereich aktiven Ansprechstellen (z. B. aus der Zivilgesellschaft) sind Bausteine, um diese Ziele zu erreichen.

Seit dem Sommer 2022 ist die Plattform [www.contraHass.rlp.de](http://www.contraHass.rlp.de) online. Als zentrales Präventionsangebot zum Thema bietet das Portal Bürgerinnen und Bürgern umfassende Möglichkeiten, sich über Ausprägungen von Hass und Hetze, aber auch über Reaktionsansätze (z. B. Meldewege) sowie potentielle Unterstützungsangebote zu informieren. Ganz im Sinne der Initiative beschränkt sich die Seite dabei nicht auf Angebote der Polizei, sondern zeigt Betroffenen eine Vielzahl von Möglichkeiten auf, um Leidensdruck zu mildern und Selbstwirksamkeit zurück zu erlangen.

- Filmseminare "Die Lügen der Nazis"

Die Nationalsozialisten setzten gezielt die suggestive Macht bewegter Bilder ein. Vor allen Dingen mit aufwendigen Propagandafilmen wurde die Bevölkerung im Sinne der NS-Ideologie systematisch indoktriniert.

Bereits seit 2014 bieten das Institut für Kino- und Filmkultur (IFK), Wiesbaden, in Kooperation mit der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung, dem Ministerium für Bildung und der Leitstelle Kriminalprävention Kinoseminare für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende an. In den etwa dreistündigen Veranstaltungen werden sogenannte „Vorbehaltsfilme“ - nationalsozialistische Propagandaspiefilme – pädagogisch begleitet gezeigt und aufgearbeitet.

Die vom IKF zu den Vorführungen entsandten Referierenden geben vor der Filmvorführung Informationen zur Produktionsgeschichte und den Zeitumständen. Im Anschluss wird eine Filmanalyse skizziert und ein Filmgespräch geführt, in dem auch die filmsprachlichen Aspekte der Propagandawerke herausgestellt werden.

2022 wurden insgesamt neun Veranstaltungen an rheinland-pfälzischen Schulen sowie eine Veranstaltung für Studierende an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz durchgeführt. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln der Leitstelle Kriminalprävention.

- Theateraufführungen des Chawwerusch-Theaters

Die Leitstelle Kriminalprävention finanzierte, wie bereits in den vergangenen Jahren, auch 2022 Aufführungen des Chawwerusch-Theaters, Herxheim, an Schulen in Rheinland-Pfalz. Die Theaterstücke "Jugend ohne Gott" und "Alarm" richten sich an Jugendliche und junge Erwachsene und nehmen Themen wie Vorurteile, Rassismus und Volksverhetzung in den Fokus. Im Ergebnis sollen die Schülerinnen und Schüler durch das Präventionsangebot für Toleranz und Demokratie sensibilisiert werden.

Insgesamt konnten 2022 zehn Veranstaltungen des pädagogischen Theaterprojektes durchgeführt werden.

- Für ein buntes Miteinander - Gegen Rassismus und Diskriminierung im Sport

Die im Frühjahr 2013 durch die Leitstelle Kriminalprävention initiierte Aktion „Fußball für ein buntes Miteinander!“ wurde zwischenzeitlich auch in andere Bereiche des Sports übertragen und unter dem Titel „Für ein buntes Miteinander - Gegen Rassismus und Diskriminierung im Sport“ weitergeführt. Die Kampagne richtet sich explizit gegen Rassismus und Antisemitismus sowie jede andere Form der Diskriminierung und thematisiert unter anderem die Unterwanderung von Fanszenen durch Rechtsextremisten.

2020 wurde die Aktion ausgeweitet und startete im Mai mit 15 kooperierenden Vereinen und Verbänden. Die sportlichen Partnerinnen und Partner verpflichteten sich dabei, im Rahmen von Veranstaltungen die Aktion zu präsentieren, zu bewerben und ihre Übungsleiterinnen und -leiter fortzubilden. Fachreferierende führten im Rahmen dieser Schulungen in die Problematik ein, erklärten beispielsweise Symbole und Musik der rechtsextremistischen Szene und stellten Handlungsempfehlungen für Vereine und Betroffene vor. Die Leitstelle Kriminalprävention unterstützte die Vereine und Verbände dabei fachlich und finanziell.

Im Jahr 2022 startete ein neuer eineinhalbjähriger Kampagnenzeitraum für den aus insgesamt neunundzwanzig Bewerbungen die 15 kooperierenden Vereine ausgewählt werden konnten.

- Zivilcourage & Ausbildung von Zivilcouragetrainerinnen und -trainern

Die Ausbildung von Zivilcouragetrainerinnen und -trainern sowie der Aufbau eines entsprechenden Netzwerkes in Rheinland-Pfalz werden bereits seit Jahren durch die Leitstelle Kriminalprävention unterstützt. So wurde auch im Jahr 2022 ein Lehrgang zur Ausbildung von Zivilcouragetrainerinnen und -trainern durch die AG Frieden e.V. durchgeführt. Das Fortbildungsangebot soll in den kommenden Jahren weitergeführt werden und das rheinland-pfälzische Zivilcourage Netzwerk weiter ausgebaut werden.

Zudem wurden auch im Jahr 2022 engagierte Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer für ihr vorbildhaftes Verhalten mit dem „Preis für Zivilcourage“ durch den Minister des Innern und für Sport ausgezeichnet.

- Kooperation mit der Fridtjof-Nansen-Akademie (FNA) im Weiterbildungszentrum Ingelheim

Das Mdl Rheinland-Pfalz und die FNA haben das gemeinsame Ziel, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus in unserer Gesellschaft entschieden entgegen zu wirken. Auf der Grundlage einer seit 2020 jährlich geschlossenen Kooperation werden Formate erarbeitet und umgesetzt, welche die Weltoffenheit sowie Toleranz und Respekt für Diversität fördern.

Zentral ist das Qualifizierungsangebot zur Fachkraft für Rechtsxtremismusprävention, welches im Jahr 2022 bereits zum zweiten Mal durchgeführt wurde. In der mehrmoduligen berufsbegleitenden Ausbildungsreihe werden Ursachen, Ausprägungsformen und Präventionsansätze rechter und antisemitischer Gewalt vertiefend behandelt. Darüber hinaus steht die fachübergreifende Vernetzung, insbesondere staatlicher, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure im Fokus.

- Kooperation mit dem DGB - Netzwerk für Demokratie und Courage

Auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung finanzierte das Mdl im Jahr 2022 eine mehrtägige Teamerinnen- und Teamerschulung sowie den Druck einer Begleitbroschüre zu einer Fortbildung zum reaktionären bis neonazistischen Spektrum und zur Notwendigkeit präventiven Handelns gegen Diskriminierung.

Aufgrund der bislang erzielten positiven Resonanz werden auch in den nächsten Jahren die Präventionsbemühungen der rheinland-pfälzischen Polizei sowie der Leitstelle Kriminalprävention im Mdl weiter fortgesetzt und dabei den sich wandelnden Rahmenbedingungen angepasst.

### 3. Ministerium der Justiz

Primäre Aufgabe der Justiz ist es, rechtsextremistische / fremdenfeindliche Straftaten mit Nachdruck zu verfolgen. Die Zahl der wegen solcher Straftaten in Rheinland-Pfalz eingeleiteten Ermittlungsverfahren sowie die Zahl der entsprechend Beschuldigten wird seit 1992 erhoben. Für das Jahr 2022 lassen sich die Ergebnisse wie folgt kurz zusammenfassen;

Eingeleitet wurden im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz 769 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten. 274 einschlägige Verfahren wurden 2022 nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt, davon 132 wegen Nichtermittlung der Täter. Bei den insgesamt 697 Beschuldigten handelte es sich um 21 Kinder, 131 Jugendliche, 77 Heranwachsende und 450 Erwachsene; bei weiteren 18 Beschuldigten ist das Alter nicht bekannt. Verurteilt wurden insgesamt 58 Personen, davon sieben zu Jugend- oder Freiheitsstrafen.

Das Ministerium der Justiz betrachtet darüber hinaus die Aufklärung über rechtliche Aspekte als eine wesentliche Maßnahme im Bereich der allgemeinen Prävention gegen Rechtsextremismus. Einen Schwerpunkt bildet die landesweite Kooperation mit den Aussteigerprogrammen:

- Die Staatsanwaltschaften des Landes haben weiterhin feste Ansprechpartner für die Mitarbeiter der Aussteigerprogramme bestimmt und diese dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) mitgeteilt. Die Zusammenarbeit wurde in der Vergangenheit als gut und vertrauensvoll eingestuft; sie bezieht sich vor allem auf die (Mit)Prüfung der Ernsthaftigkeit des Ausstiegs und der Eignung von Aussteigewilligen. In die Erstellung konkreter Konzepte für ausstiegswillige Personen waren die Staatsanwaltschaften im Jahr 2022 allerdings nicht eingebunden.
- Nach Mitteilung der Justizvollzugseinrichtungen sowie der bei den Landgerichten angesiedelten Bewährungshilfe waren diese im Jahr 2022 ebenfalls nicht in konkrete Beratungsangebote für Aussteigewillige einbezogen.
- In Bezug auf Extremismus in jeglicher Form, nicht nur Rechtsextremismus, hält der Justizvollzug Rheinland-Pfalz unterschiedliche Maßnahmen vor:

Die Jugendstrafanstalt Schifferstadt nahm mit einem Stand am „Demokratietag Rheinland-Pfalz 2022“ in Ingelheim beim Markt der Möglichkeiten teil.

In den Justizvollzugseinrichtungen wurde eine landesweite Fachgruppe von psychologischen Fachkräften zu dem Themenkomplex „Extremistische Gefangene im rheinland-pfälzischen Justizvollzug“ etabliert. Diese setzen sich mit Fragestellungen im Zusammenhang mit Gefangenen, die sich in ihren Denk- und Handlungsweisen

politisch oder religiös radikalieren und teilweise extremistischen Ideologien anhängen, auseinander. Sie sollen mit ihrer Expertise alle Bediensteten im Vollzug unterstützen.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander“ unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist in Rheinland-Pfalz der Projektträger „Werkzeug e.V.“ in den Justizvollzugsanstalten Rohrbach und Zweibrücken tätig und bietet Fortbildungsveranstaltungen für alle Bedienstete in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten sowie in der Bewährungshilfe an.

Die Angebote durch „Werkzeug“ in den Justizvollzugsanstalten umfassen Gruppenangebote für Gefangene, z. B. zu den Themen Vorurteile, Verschwörungstheorien, sowie eine „Systemberaterin“, die einmal wöchentlich vor Ort ist. Sie ist feste Ansprech- und Kontaktperson und zuständig für die Abstimmung und Kommunikation zwischen Justizvollzugsanstalt und dem Projekt. Die Systemberatung stellt die Projekt-Expertise zu religiös begründetem Extremismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der jeweiligen Justizvollzugsanstalt zur Verfügung.

An der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz waren für das Jahr 2022 in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt, dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und dem MdI zwei eintägige Fortbildungsveranstaltungen, „Rechtsextremismus I“ und „Rechtsextremismus II“, geplant. Diese Veranstaltungen konnten wie geplant umgesetzt werden. Sie befassten sich u.a. mit rechtsextremistischer Weltanschauung, der Situation in Rheinland-Pfalz, der Entwicklung der rechtsextremistischen Szene, den typischen Inhalten (Symbole, Musik), den polizeilichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und dem Landesaussteigerprogramm.

- Zudem wurde im landeseigenen Justizfortbildungsprogramm in Kooperation mit dem Land Hessen in der Zeit vom 28. bis 30. Juni 2022 die Tagung „Rechtsextremismus – Strukturen und Erscheinungsformen“ angeboten und durchgeführt. Die Ausgestaltung des Seminars erfolgte durch das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen. Dabei wurden folgende Themenschwerpunkte gesetzt:
  - Aufgaben und Arbeitsweise des Verfassungsschutzes.
  - Ideologische Grundlagen des Rechtsextremismus.
  - Grundsätzliche rechtsextremistische Agitationsstrategien.
  - Rechtspopulismus als rechtsextremistisches Strategiemittel.

- Konservative Revolution.
- Die „Neue Rechte“.
- „Identitäre Bewegung“.
- Rechtsextremistische Vereinsverbote am Beispiel von „Sturm 18“.
- Nachrichtendienstliche Beobachtung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen - Die Bedeutung menschlicher Quellen (unter Berücksichtigung der Gerichtsverwertbarkeit).
- Die „Reichsbürgerbewegung“.
- „Der Kampf gegen Rechts“ – Antifaschismusarbeit als Teil der linksextremistischen Agitation.
- Türkische Nationalisten in Deutschland.

## 4. Ministerium für Bildung

### Frühkindliche Bildung

Prävention gegen Rechtsextremismus und jede Form der Abwertung, Diskriminierung und des Angriffs auf demokratische Grundwerte ist eine Aufgabe von Bildung von Anfang an. Kinder müssen von klein auf lernen und erleben, wie gegenseitige Achtung, respektvoller Umgang und ein demokratisches Miteinander funktionieren. Deshalb hat das BM den Bereich der Demokratiepädagogik in der frühkindlichen Erziehung in den letzten Jahren deutlich ausgebaut. Dazu zählen zahlreiche Maßnahmen, die durch die Einführung eines eigenen Haushaltstitels im Doppelhaushalt 2017/2018 und in guter Kooperation u. a. mit den Kita-Spitzenverbänden, Fortbildungsinstituten sowie dem wissenschaftlichen Bereich möglich waren:

Den Auftakt zur landesweiten intensiven Befassung mit Demokratiepädagogik für alle Akteurinnen und Akteure im Kita-Bereich bildeten 2018 die beiden großen **Demokratieforen „Demokratiepädagogik in Kindertagesstätten“**, die vom Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung in der frühen Kindheit mit Kooperationspartnern durchgeführt und vom BM unterstützt und mitfinanziert wurden.

Demokratieerziehung heißt immer auch Sicherung der gleichberechtigten Beteiligung und Teilhabe mit dem Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung. Vor diesem Hintergrund unterstützten das BM und das Mdl eine **Studie** zur Sensibilität gegenüber rassistischen und verwandten Ausgrenzungsmustern in Kitas (Projektleitung Prof. Dr. Bundschuh, Hochschule Koblenz). Als Folge der Studie haben das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum des Landes (SPFZ) und das Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (IFL) zusammen mit dem Institut für Forschung und Weiterbildung an der Hochschule Koblenz die Weiterbildung zur **„Fachkraft für Diversität und Rassismussensibilität im Arbeitsfeld Kita“** entwickelt. Mit Förderung des Ministeriums für Bildung wurde diese in 2021/2022 in vier Modulen zu folgenden Themenfeldern erfolgreich durchgeführt und von den Teilnehmenden mit einem Zertifikat abgeschlossen:

- Elementarerziehung in einer Gesellschaft der Vielfalt.
- Sprachbiographien beobachten, dokumentieren und unterstützen.
- Vorurteilsbewusste und rassismussensible Erziehung.
- Transkulturelle ethische und interreligiöse Bildung.

Gezielte Unterstützung der Theorie-Praxis-Verzahnung im Themenfeld Demokratieerziehung und Vielfaltspädagogik bieten in der Förderstaffel 2021 bis 2023 zwei der vom BM als **Konsultationskitas** geförderten Einrichtungen an: die katholische Kindertagesstätte St. Matthias Trier mit dem Schwerpunkt „Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesstätte“ und die städtische Kindertagesstätte Goetheplatz in Mainz mit dem Schwerpunkt „Barrieren abbauen – Vielfalt in der Kita stärken“. Sie unterstützen andere Kitas mit Hospitationen, Fachtagen und Beratung.

Wenn Kitas abwertendes und/oder diskriminierendes Verhalten beobachten und eine Unterstützung zur Klärung und Orientierung benötigen, bietet die **Erstanlaufstelle** beim Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum und Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung Unterstützung. Wenn nötig, kann sich daran eine Teamfortbildung anschließen.

Mit einer **Menschenrechte-Mappe** für die Kita-Fachberatungen hat das BM für die Beratungspraxis Informationen und Anregungen beispielsweise für Materialien, die der vorurteilsbewussten Erziehung entsprechen, zur Menschenrechtsbildung und Partizipationsförderung zur Verfügung gestellt.

Bei all den unterschiedlichen Themen- und Entwicklungssträngen ist es wichtig, Informationen zu bündeln und für Weiterentwicklung zu sorgen. Dafür gibt es im BM einen **Arbeitskreis „Demokratiepädagogik in Kitas“**, bei dem die Kita-Spitzen vertreten sind – ob kommunale Spitzenverbände, Kirchen oder Landeselternvertretung und Hochschule – und den Transfer von Erkenntnissen und Maßnahmen sichern. 2022 fanden zwei Arbeitstreffen statt, bei denen die Weiterentwicklung des Lehrplans der Fachschule für Sozialwesen in den Themenfeldern Demokratiebildung und Menschenrechtsbildung im Mittelpunkt standen.

Mit dieser Verschränkung von Maßnahmen der Wissenschaft, von Veröffentlichungen (Kita-Server), Empfehlungen, Konsultation, Vernetzung und Fortbildungen auf den unterschiedlichen Handlungsebenen unterstützt das BM die Praxis, damit Selbstwirksamkeitserfahrungen, Werteerziehung und Beteiligung gelingen.

Wie wichtig der Landesregierung in Rheinland-Pfalz Demokratieerziehung ist, macht auch das seit 1. Juli 2021 vollständig in Kraft getretene **KiTa-Zukunftsgesetz** deutlich. Erstmals formuliert dieses Gesetz ausdrücklich den Auftrag zur Demokratieerziehung und zur Beachtung der Kinderrechte mit Beteiligung und Beschwerdemöglichkeit (§ 3 Abs. 1 und 2) – ein Auftrag, der in den Kindertagesstätten immer wieder ausgefüllt werden muss und für den es immer wieder Impulse benötigt. Mit der Einführung des Kita-Beirates (§ 7 KiTaG) als Gremium wird zusätzlich eine Kultur der Beteiligung und des Diskurses gestärkt. Geregelt wurde, dass Vertretungen der verantwortungstragenden Gruppen Träger, Leitung, Fachkräfte und Eltern sowie zusätzlich einer Fachkraft, die die Perspektive der Kinder

einbringt, zu grundsätzlichen Angelegenheiten Empfehlungen unter Einbeziehung der Perspektive der Kinder beschließen. 2022 wurden mit den Online-Veranstaltungen für die Fachkräfte für die Kinderperspektive im Kita-Beirat (FaKiB) rund 1.000 Fachkräfte erreicht. Für die Basisqualifizierung der Fachkräfte wurde außerdem ein Netzwerk von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aufgebaut und eine Rahmenkonzeption entwickelt.

## **Schule**

Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sollte sich nach den Vorstellungen des Ministeriums für Bildung nicht alleine der Vermeidung von rechtsextremistischen Haltungen widmen, sie muss auch ein positives Gegenbild setzen. Die Gleichzeitigkeit von Demokratieerziehung, Vermittlung von historisch-politischen Wissens, Durchführung von allgemein gewaltpräventiven Projekten und von gezielt auf Rechtsextremismus angelegten Programmen hat nach Überzeugung des Ministeriums für Bildung die größten Erfolgschancen.

Im Bereich der Bildung muss es daher darum gehen,

- die Demokratie in und außerhalb von Schulen als Wert erlebbar zu machen,
- jungen Menschen über das Wissen um demokratische Institutionen und Handlungsoptionen eine Teilhabe am demokratischen Staat zu ermöglichen,
- durch zu einem möglichst frühen Zeitpunkt durchgeführte Gewaltprävention persönlichkeitsstabilisierende und konfliktlösende Verhaltensweisen zu trainieren und
- Jugendliche mit gezielten Programmen und Projekten über den Rechtsextremismus aufzuklären, für dessen Unmenschlichkeit zu sensibilisieren und zu couragierter Mitmenschlichkeit zu animieren sowie
- Lehrkräfte gezielt im Bereich der Themenfelder Rechtsextremismusprävention / Demokratieerziehung fortzubilden.

### *Demokratieerziehung*

Schule spielt als zentraler Ort der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle bei der Erziehung zu verantwortungsbewussten und aktiven Bürgerinnen und Bürgern. Demokratie kann in den Grundschulen ebenso wie in Berufsbildenden Schulen erlebt und erlernt werden. Kennzeichen demokratischer Schulentwicklung ist die Ermöglichung

vielfältiger Partizipationsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, dies in Zusammenarbeit mit Eltern sowie außerschulischen Partnern. Schulen, die sich der Demokratieerziehung verschreiben, ermöglichen den Kindern und Jugendlichen die Mitgestaltung und Mitverantwortung in Klassenräten, in Jahrgangsstufenversammlungen, Schulparlamenten oder in Projekten zur Anerkennungskultur in Schule und Unterricht.

Zur Stärkung schulischer Demokratiebildung ist in Rheinland-Pfalz die Durchführung eines schuleigenen Demokratietags seit dem Schuljahr 2021/2022 für die drei Einzelfächer im gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde in der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen und seit dem Schuljahr 2022/2023 auch für die Gesamtschulen und die Realschulen plus mit dem Fach Gesellschaftslehre verpflichtend.

Zu Beginn der Schuljahre 2023/2024 wird zudem der neue Lehrplan für die Gesellschaftswissenschaftlichen Fächer für die Sekundarstufe II eingeführt werden. Alle Schülerinnen und Schüler haben zukünftig unabhängig von der Fächerbelegung in der Mainzer Studienstufe Unterricht in Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde. Der neue Lehrplan ermöglicht eine fächerübergreifende Verknüpfung von Inhalten auf Grundlage eines gemeinsamen Kompetenzmodells und stärkt Demokratiebildung als oberste Leitkompetenz.

Beim Pädagogischen Landesinstitut steht die Koordinierungsstelle für schulische Demokratiebildung und Modellschulen für Partizipation und Demokratie Schulen bei der Konzeption sowie der Weiterentwicklung einer demokratischen Schulkultur zur Seite. Es ist das Ziel, durch den Erfahrungsaustausch mit Schulen geeignete Möglichkeiten und Beispiele guter Praxis der Demokratiebildung aufzuzeigen. Um Schulen bei der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur zu unterstützen, wurde das Schulnetzwerk der Modellschulen für Partizipation und Demokratie aufgebaut, bei dem Schulen aus allen Schularten und Altersstufen zusammenarbeiten. Das Netzwerk der Modellschulen für Partizipation und Demokratie umfasst nach einer neuen Bewerbungsrunde im Jahr 2022 insgesamt 52 Schulen.

Das 2020 erstellte Übersichtportal für Lehrkräfte zu schulischer Demokratiebildung und Gedenkarbeit ([www.demokratie.bildung-rp.de](http://www.demokratie.bildung-rp.de)) mit zahlreichen Informationen, Fortbildungsangeboten und weiteren Hinweisen wurde weiter kontinuierlich ausgebaut.

Im rheinland-pfälzischen Netzwerk Hospitationsschulen, das seit 2017 besteht und im Pädagogischen Landesinstitut koordiniert wird, ist der Themenbereich „Partizipation und Demokratieerziehung“ explizit ausgewiesen. In diesem Bereich gibt es Hospitationsangebote von acht Schulen (drei Gymnasien, eine Integrierte Gesamtschule, eine Berufsbildende Schule und drei Grundschulen). Die spezifischen Schwerpunkte der

Schulen stellen die Mitverantwortung sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt.

Auch die Vernetzung der Koordinierungsstelle für schulische Demokratiebildung mit der *LandeschülerInnenvertretung* ist ein wichtiger Baustein zur Förderung praxisnaher Demokratieerfahrungen für Schülerinnen und Schüler. Am 7. November 2022 fand die Veranstaltung *„Gemeinsam zum Erfolg! - Fachtagung für SV-Mitglieder und Verbindungslehrer\*innen zur SV-Arbeit“* mit zahlreichen Informationen zur rechtlichen Grundlage der SV-Arbeit sowie Workshops zum Thema *„Vielfalt als Thema in der Schule (LSBTI)“* oder zu dem Begegnungsprogramm *„meet a jew“* statt.

Im Rahmen der Demokratieerziehung stellt auch der *Klassenrat* ein hervorragendes Format für Schülerinnen und Schüler dar, um von der 1. Klasse bis hin zum Schulabschluss Demokratie zu erfahren, auszuprobieren und lernen zu können. Hierzu bietet das Pädagogische Landesinstitut Fortbildungen an und versendet auf Nachfrage kostenlose Informationsmaterialien zum Klassenrat an Schulen in Rheinland-Pfalz.

### *Demokratiebildung in der digitalen Gesellschaft*

Ein besonderer thematischer Schwerpunkt stellt die Demokratiebildung in der digitalen Gesellschaft dar.

Das vom Pädagogischen Landesinstitut unterstützte Projekt *„Lernen durch Engagement: #netzrevolte“* bietet die Chance, Schülerinnen und Schülern praxis- und lebensnahes Lernen in Form von Projekten – im analogen und virtuellen Raum – zu ermöglichen. Lernen durch Engagement, auch Service-Learning genannt, ist eine Lehr-Lernform, die fachliches Lernen und gesellschaftliches Engagement miteinander verbindet. Sie hat explizit die Stärkung der Demokratie und Zivilgesellschaft zum Ziel. Ein gleichnamiges Online-Lernangebot für Lehrkräfte steht ganzjährig zur Verfügung und kann individuell durchlaufen werden. Dort bekommen Teilnehmende einen Überblick über diese Lehr-Lernform und lernen vielfältige praktische Beispiele kennen, die im bundesweiten Modellprojekt *#NETZREVOLTE* zu Themen wie HateSpeech, Cybermobbing und Fake News realisiert wurden. Außerdem gibt es Impulse zur aktiven Einbindung von Lernenden in die Planung, Vorbereitung und Ausführung von Engagementprojekten. Dadurch inspiriert, können Lehrkräfte mit ihren Klassen und externen Engagementpartnern eigene Projektideen entwickeln und umsetzen.

### *Allgemeine gewaltpräventive Projekte*

Schulpsychologinnen und Schulpsychologen des Pädagogischen Landesinstituts bieten landesweit programmorientierte Lehrkräftefortbildungen zur Gewaltprävention für den Primar- und Sekundarbereich an.

Das Programm *ICH und DU und WIR (IDW)* setzt an der erlebnisbasierten systematischen Stärkung der Sozialkompetenz von Schülerinnen und Schülern im Grundschulalter an. Durch die Einbindung in den Stundenplan systematisch und kontinuierlich durchgeführt, unterstützt *ICH und DU und WIR* den Aufbau vielfältiger sozialer Kompetenzen und dient damit der Prävention gewaltbereiten Verhaltens. Das Programm vermittelt von der 1. bis zur 4. Klasse aufeinander aufbauend Kompetenzen im Umgang mit sich selbst und untereinander. Die Beziehung zwischen Klassenleitung und Schülerinnen und Schüler wird so gestärkt und das Klassenklima wird positiv beeinflusst. Fortbildungen zu *ICH und DU und WIR* richten sich an Gesamtkollegien von Grundschulen, um einen schulweiten Einsatz des Programms zu unterstützen.

Das *Programm zur Primärprävention (ProPP)* „Schülerinnen und Schüler stärken - Konflikte klären“ richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Orientierungsstufe aller Schularten und hat ebenfalls die systematische Förderung sozialer Kompetenzen zum Ziel. Basierend auf der Methode altersgerechter Interaktionsübungen soll in den Bereichen Selbst-, Sozial- und Kommunikationskompetenz die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder gefördert werden. Die regelmäßig an verschiedenen Standorten im Land angebotenen ProPP-Fortbildungen richten sich an Klassenleitungen der 5. und 6. Klassen.

Ebenfalls an Lehrkräfte der 5. und 6. Klassen richtet sich das Programm „*Gemeinsam Klasse sein*“. Ziel des Programms ist die Vermittlung präventiver wie interventiver Strategien gegen Mobbing und Cybermobbing. Lehrkräften werden vielfältige, u. a. digitale Materialien an die Hand gegeben, mit deren Hilfe Schülerinnen und Schüler für das Thema Mobbing sensibilisiert und dazu befähigt werden, sich aktiv gegen Mobbingprozesse zur Wehr zu setzen. Dabei spielt die Stärkung der Klassengemeinschaft und die Verankerung einer klaren Haltung gegenüber Ausgrenzungsprozessen eine wichtige Rolle.

Gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landeskriminalamts bietet das Pädagogische Landesinstitut auch Lehrkräftefortbildungen zum Projekt *Prävention im Team (PiT)* an. Das Projekt richtet sich an Schülerinnen und Schüler der 6. bis 8. Klassen und baut optimalerweise auf dem Programm zur Primärprävention (ProPP) auf.

Neben der Förderung allgemeiner sozialer Kompetenzen und einer Stärkung des Normenbewusstseins von Schülerinnen und Schülern bietet PiT das Angebot zur

altersgerechten Auseinandersetzung mit Gewalt-, Sucht- oder Fremdenfeindlichkeitsverhalten. Zu diesen Themen kommen die polizeilichen Teampartnerinnen und Teampartner mit in den Unterricht, um ihr polizeiliches Fachwissen einzubringen sowie vertiefend mit den Schülerinnen und Schülern zu arbeiten. Landesweite Lehrkräftefortbildungen zu PiT finden im jährlichen Turnus durch das Pädagogische Landesinstitut in Kooperation mit dem Landeskriminalamt statt.

### *Schülerbegegnungen und –austausche*

Internationale Schülerbegegnungen und -austausche dienen der Förderung der interkulturellen Kommunikation junger, heranwachsender Menschen. Sie lernen in der Begegnung mit gleichaltrigen Jugendlichen aus anderen Ländern und Kulturen andere, alternative Sichtweisen kennen. Dies geschieht auch in der Gedenkstättenpädagogik, bei der einerseits das Bewusstsein für die eigene Geschichte, aber gleichzeitig auch die Verantwortung für die gemeinsame Zukunft erfahrbar und erlebbar werden. Der Meinungs- und Erfahrungsaustausch, die interkulturelle Kommunikation und das gemeinsame Erleben sind wertvolle Komponenten bei der Herausbildung der eigenen Persönlichkeit, der Wertevorstellungen und der persönlichen Haltung einer mündigen Bürgerin und eines mündigen Bürgers in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft.

### *Rheinland-pfälzisch-israelische Bildungskooperation*

Mit der Vereinbarung einer rheinland-pfälzisch-israelischen Bildungskooperation wollen das Land Rheinland-Pfalz und der Staat Israel ihr Bestreben festhalten, die Kooperation in den Bereichen *schulische und universitäre Bildung, Schüler- und Studierendenaustausch, Lehrkräftefortbildung, Menschenrechtserziehung und Gedenkstättenpädagogik* zu intensivieren und zu vertiefen. Ziel ist es, das Wissen der Menschen in Rheinland-Pfalz und in Israel über das Leben in den Partnerländern in Gegenwart und Vergangenheit zu mehren und einen Beitrag zum Verständnis für Geschichte, Kultur und Gegenwart in Israel und Rheinland-Pfalz zu leisten. Dabei spielen Partnerinstitutionen wie Yad Vashem oder Givat Haviva in Israel, die Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz oder die Studienstelle Israel an der Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität eine tragende Rolle. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Bildung, der Staatskanzlei, der Landeszentrale für politische Bildung, der Universität Mainz und des israelischen Generalkonsulats hat bereits im Jahr 2014 einen Entwurf erarbeitet, der 2016 unterzeichnet wurde.

### *Absichtserklärung mit Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem*

Die Länder Rheinland-Pfalz und das Saarland haben sich zum Ziel gesetzt, die Erinnerungsarbeit in den Schulen weiter zu intensivieren. Zu diesen Bemühungen zählt auch die am 30. Mai 2018 beschlossene gemeinsame Kooperation der beiden Länder mit der Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum Yad Vashem und mit dem israelischen Bildungsministerium in Jerusalem. Die Unterzeichnung fand im Rahmen einer Delegationsreise der Kultusministerkonferenz statt. Die gemeinsame Absichtserklärung knüpft an die Vereinbarung zwischen der Gedenkstätte Yad Vashem und der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2013 an. Es wurde vereinbart, zukünftig kontinuierlich, stärker und umfassender im Bildungsbereich zusammenzuarbeiten. Eine erste Studienfahrt von Lehrkräften nach Yad Vashem führte das Institut für Lehrkräftefort- und -weiterbildung im März 2019 durch. Die ursprünglich für Juni 2021 geplante Lehrkräftefortbildung wurde pandemiebedingt in das Jahr 2023 verschoben.

### *Rheinland-pfälzisch – israelische Schülerbegegnung*

Das Land Rheinland-Pfalz und Givat Haviva verbindet seit nunmehr 20 Jahren eine fruchtbare Partnerschaft, die sich in einer langjährigen Projektpartnerschaft sowie einer Anzahl von gemeinsamen Projekten zum Jugend und Fachkräfteaustausch ausdrückt. Für Schülerbegegnungen in Israel hat das BM seit dem Schuljahr 2022/23 die Fördersummen erhöht. Außerdem können Schulen zusätzlich Mittel für gemeinsame Projekte mit israelischen Partnerschulen, flankierende Vor- und Nachbereitungsseminare sowie Workshops in Rheinland-Pfalz und auf dem Givat-Haviva-Campus in Israel erhalten.

### *Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen*

Am Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz wurde bereits im Jahr 2019 die Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen eingerichtet. Sie steht Schulen beim Einsatz von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, bei der Planung und Durchführung von Gedenkstättenfahrten und weiteren erinnerungs- und gedenkkulturellen Projekten vermittelnd und beratend zur Seite.

Rheinland-pfälzische Schulen nehmen die im Jahr 2020 durch das BM neu geschaffene und von der Koordinierungsstelle abgewickelte niederschwellige Förderung für Vorhaben der Gedenkarbeit rege in Anspruch. Viele Schulen haben bereits in ihrem Schulkonzept den

Besuch von Gedenk- und Erinnerungsorten fest verankert. In Kooperation mit der Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt wurde eine Fortbildung zu Orten der Demokratie- und Diktaturgeschichte in Neustadt sowie zum Projekt „Junior Memory Guide“, dem das Konzept der „Peer-to-Peer“-Führung zugrunde liegt, angeboten. Fortbildungen werden fortlaufend auch mit weiteren Gedenk- und Erinnerungsorten, darunter die ehemalige Synagoge Laufersweiler, die ehemalige Synagoge Niederzissen und die Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert und dem Förderverein für Jüdisches Gedenken Frankenthal und dem Mahnmal Koblenz als virtuellem Gedenkort geplant und umgesetzt.

Die Förderung von Demokratiebewusstsein und Zivilcourage bildeten auch das Fundament einer Reihe Fortbildungen für das Jahr 2022, wie z. B.:

- Erinnerung an die Opfer des 9. November 1938 und des heutigen Antisemitismus.
- Flucht im Lebenslauf - Biografisches Lernen mit Jugendlichen.
- Stolpersteine – Was geht mich das an?
- Filmische Zeitzeugenberichte der Holocaust-Überlebenden Henriette Kretz und Nursia Horowitz-Karakulska. Möglichkeiten zum Einsatz von Zeitzeugen-Filmen im Unterricht.

### *Förderung von Gedenkstättenfahrten*

Gedenkstättenfahrten von Klassen der Sekundarstufe I und II zu den ehemaligen NS-Vernichtungslagern in Mittel- und Osteuropa wurde einige Jahre in Zusammenarbeit mit der Bethe-Stiftung durch das BM gefördert. Diese Förderung verfolgt das Ziel, möglichst vielen Jugendlichen durch finanzielle Unterstützung eine Fahrt mit einem qualifizierten pädagogischen Konzept sowie eine stringente Vor- und Nachbereitung zu ermöglichen. Der Besuch von Orten der Erinnerung, das Begehen von Gedenk- und Jahrestagen und das Arbeiten mit Zeitzeugen bieten besondere Chancen, jungen Menschen die Bedeutung der Geschichte für ihr eigenes Leben und ihre eigene Zeit deutlich zu machen. Insofern ist Gedenkstättenarbeit Teil von Demokratieerziehung und von Rechtsextremismus-Prävention. Die Förderung von MOE-Fahrten wurde in den Jahren 2021 und 2022 von der Koordinierungsstelle für schulische Gedenkarbeit und Zeitzeugenbegegnungen erfolgreich betreut. Zusätzlich wurden in Kooperation mit Herrn Rainer Engelmann, ehemaliger Förderschullehrer und Autor zahlreicher Bücher zum Thema Lehrkräfteseminare, in Auschwitz und Krakau angeboten. In enger Abstimmung mit dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund (IBB) und dem Mainzer Haus des Erinnerns wird zukünftig ein Förderrahmen für Gedenkstättenfahrten zu den ehemaligen NS-Vernichtungslagern in Mittel- und Osteuropa ermöglicht.

Ferner wurden weitere Informationen zu Fördermöglichkeiten für Gedenkstättenfahrten, Kooperationsprojekte vor Ort und Lehr-Lern-Materialien auf dem serviceorientierten Übersichtsportal der Koordinierungsstelle zusammengetragen bzw. für interessierte Lehrkräfte und Schulleitende bereitgestellt.

### *Angebote der Fortbildungsinstitute zum Themenfeld Antisemitismus/ Extremismus /Verschwörungserzählungen*

#### Pädagogisches Landesinstitut (PL)

Exemplarische Fortbildungen des Pädagogischen Landesinstituts 2022:

- Rechtspopulismus: Entwicklungen, Folgen und demokratische Auseinandersetzung.
- Rechtsterrorismus in Deutschland: Vom Oktoberfestattentat 1980 über den NSU bis zum Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke - Historie, Entwicklungen und gesellschaftliche Kontexte.
- Rechtsextremismus in Deutschland nach 1949: Entwicklungen, Strategien und Möglichkeiten der Prävention.
- Verschwörungstheorien und die Reichsbürgerszene: Extremismus und Populismus als Schnittstelle zwischen „Fake News“ und praktischen Handlungsebenen.
- Antisemitismus in Deutschland nach 1945: Entwicklungen, Folgen und Möglichkeiten der Prävention (unter besonderer Berücksichtigung des Konzepts von Christa Kaletsch zur Etablierung von Kinder- und Menschenrechten an Schulen)
- Extremismus in der Gegenwart: „Je Suis Karl“. Wie wirken Verschwörungserzählungen, Populismus und rechtsextreme Propaganda? Wie kann Extremismus im Film didaktisch und präventiv nutzbar gemacht werden?
- Gegen den Antisemitismus. Die jüdische Studentenverbindung „Badenia“.
- Spurensuche in Kaiserslautern: Serious Gaming zur Jüdischen Geschichtskultur.
- Bausteine zur Mediendebatte: Nachrichtenrezeption durch Jugendliche.
- Herausfordernde Situationen politischer Bildung in der Schule bewältigen.
- Jahrestagung „Migration in Schule und Unterricht“.
- Migration und Vielfalt als Unterrichtsthema in den Gesellschaftswissenschaften.

- Schuleigener Demokratietag: Schule auf dem Weg zu mehr Partizipation und Demokratiebildung.

#### Lehrkräftefortbildungen und politische Jugendbildung mit der Fridtjof-Nansen-Akademie

In Zusammenarbeit mit der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung (FNA) im Weiterbildungszentrum Ingelheim gGmbH wurde eine Reihe von thematisch einschlägigen Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten:

- Online-Seminar: Rechtsextremismus in Frankreich und die Präsidentschaftswahl 2022.
- Aggression, Gewalt und Rassismus (20 Durchführungen).
- Studientag gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung (8 Durchführungen).
- Online-Seminar: Gemeinsam gegen Hass. Was Hate Speech ist und was wir dagegen tun können? (Kooperation mit Rheinhessen gegen Rechts).
- Weiterbildung zur zertifizierten Fachkraft für Rechtsextremismusprävention.
- Modul 1, Politische Bildung und Rechtsextremismus - Grundlagen und Begriffe.
- Weiterbildung zur zertifizierten Fachkraft für Rechtsextremismusprävention.
- Modul 2: Rechtsextremismus - Akteure, Entwicklungen und Strategien.
- Weiterbildung zur zertifizierten Fachkraft für Rechtsextremismusprävention.
- Modul 3: Hate Speech, Fake News und Verschwörungsmythen.
- Weiterbildung zur zertifizierten Fachkraft für Rechtsextremismusprävention.
- Modul 4: Vorurteile, Radikalisierung und Rückschlüsse für die Präventionsarbeit.
- Weiterbildung zur zertifizierten Fachkraft für Rechtsextremismusprävention -Modul 5: Methodenworkshops, Netzwerkarbeit und die Positionierung politischer Bildung zu Rechtsextremismusprävention.

#### Darüber hinaus hat das Institut für Lehrkräftefort- und -weiterbildung (ILF) zahlreiche weitere Veranstaltungen im Jahr 2022 angeboten

Gemeinsam mit dem Kooperationspartner Yad Vashem wurde 2021 eine Online-Veranstaltungsreihe entwickelt, die sich mit der Shoa unter dem Blickwinkel „Täterschaft“ beschäftigt. Anhand von Ego-Dokumenten der Täter werden bei diesen Veranstaltungen

deren Haltungen und Überzeugungen rekonstruiert, die zur Mitwirkung an der Shoa geführt haben. Aufgrund dieses Ansatzes sollen die Veranstaltungen nicht nur Unterstützung im Bereich historischer Bildung, sondern auch im Bereich Antisemitismus- und Extremismusprävention bieten.

Einer der thematischen Arbeitsschwerpunkte des Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstitut der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz (EFWI) betrifft politische Bildung und soziales Lernen. In diesem Zusammenhang sind regelmäßige Veranstaltungen und Angebote zum Demokratie-Lernen, zur Ausbildung und Unterstützung einer informierten, urteilsfähigen, sensiblen Haltung gegenüber diskriminierenden und rassistischen Tendenzen und Äußerungen in Wort, Bild und Tat verortet. Zu diesen Angeboten gehörten 2022:

- „Eine Liste schreibt Geschichte! - Das frühe Konzentrationslager in Neustadt a. d. Weinstraße 1933“ - Eine Fortbildung des EFWI in Kooperation mit der Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt/W. und Eberhard Dittus (12. bis 13. Mai 2022).
- 21. bis 29. Mai 2022, Studienreise nach Israel „Parting of the Ways“.
- 22. Tage der Politischen Bildung: „Kosmopolitismus und Kommunitarismus - Gesellschaftliche Herausforderungen zwischen Weltoffenheit und geschlossenen Welten“ (in Kooperation mit dem DVpB und der Landeszentrale für Politische Bildung, 3. bis 4. November 2022).
- „Demokratie-Lernen an Schulen - Einführung in ein Trainingskonzept“, mit Christa Kaltesch (in Kooperation mit PL (1. Dezember 2022).

Derzeit arbeitet das EFWI in Kooperation mit der RPTU Landau und der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem an der Entwicklung eines Seminars zur Professionalisierung von (angehenden) Grundschullehrkräften im Bereich der Demokratiebildung mit digitalen und präsentischen Anteilen. Bestandteile dieses Seminars sind drei digitale Lernprogramme zu den Bereichen „Demokratisch Denken und Handeln“, „Die Thematisierung des Holocaust als Teil des historischen Lernens“ und „Prävention gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit“. Ziel ist es, bei angehenden und amtierenden Grundschullehrkräften professionelle Kompetenzen (mit Blick auf die eigenen Einstellungen und Haltungen, das Fachwissen und das fachdidaktische Wissen) aufzubauen und sie dazu zu befähigen, die Themenbereiche in der Grundschule reflektiert und achtsam unterrichtlich umzusetzen. Im Grundschullehramtsstudium an der RPTU Landau ist dieses Seminar im Masterstudium bereits verpflichtend implementiert, kann so mit Blick auf die Gütekriterien wissenschaftlichen Arbeitens überprüft und evaluiert werden und wird ab 2023 auch sukzessive in den Lehrerfort- und -weiterbildungsangeboten des EFWI eingesetzt.

Im Bereich der Studienreisen bietet das EFWI im Wechsel mit der o. g. Studienreise alle zwei Jahre ebenfalls eine Studien- und Begegnungsreise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete mit einem pädagogisch-sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt für Lehrkräfte und Studierende an. Ziel ist es hier, sich über Gespräche und Angebote von Organisationen, die friedenspädagogische Arbeit leisten (u. a. Givat Haviva), einem differenzierten Verständnis der Geschichte, Gegenwart und Herausforderungen der Nah-Ost-Region zu nähern. Ein Baustein dieser Reise ist auch ein mehrtägiger Besuch von Yad Vashem und in diesem Rahmen ein Seminar zur Thematisierung des Holocaust in der Schule.

### *Stärkere Zusammenarbeit der außerschulischen Beratungs- und Meldestellen gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit den Schulen*

Um die Schulen im Umgang mit Radikalisierungserscheinungen zu unterstützen, wurde 2021 eine engere Zusammenarbeit des Ministeriums für Bildung und des Pädagogischen Landesinstituts mit den Beratungs- und Meldestellen gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschlossen. 2022 fand in diesem Kontext die erste hybride Fachtagung zu schulischen Beratungsangeboten in Rheinland-Pfalz statt. Die Ministerin für Bildung und die Beauftragte für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen eröffneten die Veranstaltung. Anschließend stellten sich schulische Beratungsangebote vor, um Möglichkeiten der konkreten Unterstützung für Schulen sowie für Betroffene aufzuzeigen. Die nächste digitale Fachtagung zu schulischen Beratungsangeboten findet am 16. März 2023 statt.

### Zusammenfassung

Demokratieerziehung und Extremismusprävention haben die entsprechenden Kompetenzen und die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler im Blick. Zentraler Aspekt ist dabei, die Kinder und Jugendlichen zu Selbstbestimmung, verantwortlichem Handeln und sozialem Engagement zu befähigen. Gerade vor dem Hintergrund, dass Extremismus und Fremdenfeindlichkeit kognitiv nicht ausreichend begegnet werden kann, stellt die Entwicklung demokratischer Denk- und Verhaltensstrukturen eine wichtige Basis dar, die die Ausbildung so genannter Soft Skills wie Konfliktlösungskompetenz, emotionale und soziale Intelligenzen unterstützen.

Schulische Einzelprojekte, die in den Bereichen Demokratieerziehung, historisch-politische Bildung, Gewalt- und Extremismus-Prävention geplant werden, können durch das BM

finanziell gefördert werden. Die entsprechenden Kontaktdaten und Informationen über fachliche Entwicklungen sind auf <http://gewaltpraevention.bildung-rp.de> zu finden.

## 5. Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit

### Landeszentrale für politische Bildung

#### Fachstelle gegen Diskriminierung für kulturelle Vielfalt

Die Fachstelle gegen Diskriminierung und für kulturelle Vielfalt in der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) beschäftigt sich mit den diversen Formen von Intoleranz, Diskriminierung und Ideologien der Ungleichwertigkeit im Rahmen der politischen Bildungsarbeit. Ziel ist es, in ihrer Arbeit realitätsnahe Konzepte für Toleranz und einen erfolgreichen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu vermitteln.

Die Angebote der Fachstelle richten sich an:

- Jugendliche,
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie pädagogische Fachkräfte (Lehrkräfteseminare, Veranstaltungen, Trainingsformate),
- die allgemeine interessierte Öffentlichkeit (Veranstaltungen unterschiedlicher Formate: Buchvorstellung, Filmveranstaltung, Podiumsdiskussion, Vortrag, Stadtrundgang, Ausstellung),
- spezielle Zielgruppen, z. B. in einem bestimmten Bereich Aktive (Ehrenamtliche, Feuerwehr, Diakonie, Landessportbund etc.), aber auch an von bestimmter Diskriminierungsform Betroffene oder bestimmte Diskriminierungen Ausübende. So können in den drei Trainingsformaten Argumentationstraining, Zivilcouragetraining und Kompetenztraining Respekt die Teilnehmenden ihre Diskriminierungserfahrungen in verschiedenen Bereichen einbringen. Sei es, dass sie selbst von beispielsweise von sexistischen oder homophoben Diskriminierungen betroffen waren oder diese erlebt haben, wie andere Personen wegen einer Behinderung, ihrer Herkunft oder ihres Alters wegen beleidigt wurden. Solche Situationen werden kontextualisiert und Argumentations- oder Handlungsstrategien gemeinsam diskutiert und eingeübt. Die Trainings sensibilisieren bewusst für die Intersektionalität von Diskriminierungsformen. D. h. Teilnehmende, die sich selbst in einem Bereich diskriminiert fühlen (oder werden, z. B. aufgrund ihres Geschlechts) und bereits sensibilisiert sind, machen die Erfahrung, dass sie selbst in anderen Bereichen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit diskriminierend handeln können (z. B. gegenüber Menschen mit Beeinträchtigungen oder anderer Herkunft oder Religion,

unabhängig davon, ob man selbst der Mehrheitsgesellschaft oder dominierenden Religion angehört). Es geht darum, sich der Existenz und der Funktion von Vorurteilen in verschiedene Richtungen hin bewusst zu werden und so die Grundlage für Toleranz, Akzeptanz (sowie deren Grenzen in der wehrhaften Demokratie) und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen.

Für die Stärkung demokratischer Streitkultur gegen Vorurteile und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist insbesondere folgendes Trainingsformat hervorzuheben:

#### Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen – online und gegen Antisemitismus

In unserer Gesellschaft finden sich in vielen Bereichen diskriminierende Äußerungen und Verhaltensweisen in unterschiedlicher Form und Intensität. Um Demokratie zu leben, bedarf es neben der Förderung von Toleranz und gegenseitigem Respekt auch der offenen Auseinandersetzung mit den verschiedenen Diskriminierungsformen und deren Ursachen.

Im Argumentationstraining lernen die Teilnehmenden, wie sie vorurteilsbehafteten und diskriminierenden Äußerungen, Schlagwörtern und Parolen am effektivsten entgegenwirken können.

Im Jahr 2022 fanden zwölf Argumentationstrainings in Kooperation mit der Fachstelle statt, drei davon online, eines speziell zum Thema Antisemitismus und zwei speziell für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie ein Kurz-Workshop als Abendveranstaltung. Weitere Trainings wurden gefördert oder vermittelt.

#### Landeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*

Mit dem bundesweiten Präventionsprojekt *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* (SoR-SmC) unterstützt die LpB Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte, die sich freiwillig und langfristig gegen jede Form von Diskriminierung und für eine tolerante, gewaltfreie und demokratische Kultur in Schule und Gesellschaft engagieren. Mit dem Lernziel „Gleichwertigkeit“ werden Kinder und Jugendliche befähigt, Diskriminierung zu überwinden und aktiv gegen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzuschreiten. An den Projektschulen werden Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihres Engagements durch kompetente Ansprechpersonen bedarfsgerecht gestärkt, qualifiziert und beraten. Hierfür wurden zunächst Landeskoordinationen in allen Bundesländern aufgebaut. Träger des Projekts ist der Verein Aktion Courage e. V., Sitz der Bundeskoordination ist Berlin.

Seit 2008 hat die LpB die Landeskoordination (LK) des Projekts in Rheinland-Pfalz (RLP) übernommen. Seither ist die Zahl der Projektschulen von elf auf 188 gestiegen.

Rheinland-Pfalz ist seit 2017 eines von acht Bundesländern, welches bedarfsgerecht Regionalkoordinationen mit Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern vor Ort aufbaut. Derzeit gibt es diese für die Regionen Pfalz, Koblenz-Mittelrhein sowie seit Beginn des Jahres 2021 neu für die Region Westpfalz.

Unter [www.politische-bildung.rlp.de/?id=1878](http://www.politische-bildung.rlp.de/?id=1878) finden Interessierte zu Themenfeldern wie Diskriminierung, Demokratie- und Menschenrechtserziehung sowie Gewaltprävention und weiteren Themen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Publikationen, Workshops, Trainings, Beratungen, Fortbildungen, Ausstellungen, Planspiele und viele andere analoge und digitale Formate, mit denen sie z. B. eigene Projekte durchführen können. Die Projektangebote der Datenbank mit mehr als 200 Datensätzen von über 100 Anbietern sind zusätzlich zu den Themen nach Zielgruppen (Lehrkräfte, Sekundarstufe I und II, Grundschule) recherchierbar. Auch das Format oder die Anbietenden können per Filter gezielt gefunden werden.

Zusätzlich steht den Schulen außerdem eine Online-Projektdatenbank zur Verfügung, mit denen die Projektschulen im Land ihr Engagement in Form von Text, Bild und Video einpflegen und sich mit anderen Schulen vernetzen können. Ziel der Projektdatenbank ist es, das wertvolle, vielfältige und beachtliche Engagement der Schulgemeinschaften für Zusammenhalt und Vielfalt in Schule und Gesellschaft nachhaltig und gebündelt sichtbar zu machen.

Das erste Halbjahr 2022 war geprägt von der Wiederbelebung der Aktivitäten an den beteiligten Schulen.

### Gedenk- und Erinnerungsarbeit

In den beiden landeseigenen KZ-Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert wird von der LpB Aufklärungsarbeit über den Nationalsozialismus geleistet. Themenschwerpunkte sind die Vermittlung und Problematisierung des historischen Geschehens in den Konzentrationslagern Osthofen und Hinzert sowie die Erinnerung an die Opfer und deren dort erlittenes Leid. Dadurch werden Erfahrungen im eigenen Umfeld thematisiert und Forderungen von rechtsextremistischen Parteien und Politikern, die NS-Verbrechen relativieren und erneut Menschenrechte für nationalistische und rassistische Zielsetzungen verdrängen wollen, kritisch reflektiert. Durch eine enge Kooperation mit staatlichen Studienseminaren lernen angehende Lehrkräfte so im Rahmen ihrer Ausbildung die

Bedeutung außerschulischer Lernorte kennen und erhalten wertvolle Hinweise für die Planung, Durchführung und Nachbereitung eines Besuches einer KZ-Gedenkstätte.

Neben den Gedenkstätten KZ Osthofen und SS-Sonderlager/KZ Hinzert soll im ehemaligen Gebäude der Gestapo in der Konrad-Adenauer-Straße 10 in Neustadt an der Weinstraße der dritte außerschulische Lernort zum Nationalsozialismus unter Leitung der Landeszentrale entstehen. Die Konzeption wurde dem MWG im Oktober 2021 vorgelegt. Sie wird als Grundlage dienen für die weiteren Schritte, die das Land Rheinland-Pfalz zusammen mit der Stadt Neustadt für diesen Lernort gehen will. Am 26. Juli 2022 unterzeichneten der Minister für Wissenschaft und Gesundheit, Clemens Hoch, der Oberbürgermeister der Stadt Neustadt, Marc Weigel, und der Direktor der LpB, Bernhard Kukatzki, gemeinsam ein Memorandum, in welchem sie ihre jeweiligen Absichten zur zukünftigen Zusammenarbeit hinsichtlich des Lernortes erklärten.

Im Jahr 2022 konnte der Besuchsbetrieb in den Gedenkstätten wieder fast unter „normalen“ Bedingungen ablaufen, lediglich im ersten Quartal gab es noch Einschränkungen. Um die geltenden Abstandsregeln zu gewährleisten, konnten nicht so viele Gruppen gleichzeitig betreut werden. Nach Lockerung bzw. weitest gehender Aufhebung der Corona-Maßnahmen haben sich die Anmeldungen – vor allem aus den Schulen – für Führungen und Projekttag enorm gesteigert. Gründe dafür sind sicherlich ein gewisser „Rückstau“ und Nachholbedarf nach den Corona-Maßnahmen, aber auch die Stärkung der Demokratie-Erziehung in den Schulen und die gute Zusammenarbeit mit den Studienseminaren in den letzten Jahren tragen dazu bei.

Es gab vor allem im Bereich der Förderschulen eine Steigerung. Dieser Bereich soll weiter ausgebaut werden.

2020 wurden die Studienseminare in Rheinland-Pfalz verpflichtet, dass alle Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter im Rahmen ihrer Ausbildung eine Gedenkstätte besuchen müssen. Auch diese Besuche haben sich 2022 sehr positiv entwickelt: Insgesamt 20 Gruppen rheinland-pfälzischer Studienseminare verschiedener Schulformen haben Angebote in der Gedenkstätte KZ Osthofen wahrgenommen, zum Teil digital, in Präsenz oder auch „hybrid“. Bei diesen Besuchen geht es nicht nur um die Vermittlung der historischen Ereignisse, sondern auch um die Vorstellung der pädagogischen Möglichkeiten und die Anbindung an den Unterricht. Diese Besuche haben sich als sehr gewinnbringend für beide Seiten erwiesen, da die Teilnehmenden auch Anregungen und Bedürfnisse an die Gedenkstätte weitergeben. Die Arbeit mit den Studienseminaren soll 2023 durch gezielte Angebote weiter ausgebaut werden.

In der Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert gehörte auch eine Gruppe von Archivmitarbeitenden bzw. Lehrenden aus Polen sowie Vertreterinnen und Vertreter von

Polizei und Bundeswehr zu den geführten Gruppen. Mit der Hochschule der Polizei in Büchenbeuren fand ein Projekttag statt sowie mit angehenden Polizistinnen und Polizisten aus Rheinland-Pfalz und Luxemburg. Um zukünftig auch die Arbeit mit Zeitzeugeninterviews zu ermöglichen, wurden Tablets angeschafft.

Beim Demokratietag am 29. September 2022 in Ingelheim wurde die Ausstellung „Einige waren Nachbarn. Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“, die 2021 in Osthofen und anderen Orten in RLP gezeigt wurde, und das dahinterstehende pädagogische Konzept durch den Pädagogischen Dienst der Gedenkstätte vorgestellt und stieß auf sehr positive Resonanz. Die Ausleihe u. a. an Schulen beginnt im Januar 2023.

Folgende Ausstellungen wurden 2022 in der Gedenkstätte KZ Osthofen gezeigt:

Vom 13. Januar bis 11. Februar 2022 wurde „GURS 1940. Die Deportation und Ermordung von südwestdeutschen Jüdinnen und Juden“ gezeigt. Die Ausstellung thematisiert die Deportation von mehr als 6.500 Jüdinnen und Juden aus Baden und der Saarpfalz in das französische Lager Gurs am Fuße der Pyrenäen im Oktober 1940. Wenigen der Deportierten gelang von dort die Flucht, mehr als 1000 starben aufgrund der katastrophalen Lagerbedingungen. Zwischen 1942 und 1944 organisierten SS und Polizei die Deportation der Überlebenden in die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und Sobibor, wo fast alle ermordet wurden.

Die Ausstellung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz entstand in Kooperation mit vielen Partnerinnen und Partnern in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Frankreich sowie dem Auswärtigen Amt. Sie wurde durch den Bezirksverband Pfalz um einen regionalen Teil zur Pfalz ergänzt. Im Begleitprogramm der Ausstellung fand eine Lehrkräftefortbildung mit Dr. Christoph Kreutzmüller zur Bedeutung historischer Fotografien statt, die von den Lehrkräften sehr gut angenommen wurde.

Vom 18. Januar bis 24. April 2022 wurde die Ausstellung „Die I.G. Farben und das Konzentrationslager Buna-Monowitz – Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus“ des Fritz Bauer Instituts in der Gedenkstätte gezeigt. Die Ausstellung zeichnet Entstehung, Alltag und Auflösung des KZ Buna-Monowitz nach, das der Chemiekonzern I.G. Farben ab 1941 in unmittelbarer Nähe zum Konzentrationslager Auschwitz errichten ließ. Tausende Häftlinge kamen durch die unmenschlichen Arbeitsbedingungen auf der Baustelle zu Tode oder wurden in den Gaskammern in Auschwitz-Birkenau ermordet, sobald sie nicht mehr arbeitsfähig waren. Historische Fotografien, die vor allem die Perspektive von SS und I.G. Farben dokumentieren, werden kontrastiert mit autobiographischen Texten von überlebenden Häftlingen, darunter Primo Levi, Jean Améry und Elie Wiesel, sowie Aussagen von Überlebenden in den Nachkriegsprozessen. Im Umfeld der Präsentation dieser Ausstellung wurde eine langfristig angelegte Kooperation mit der BASF SE im

Rahmen der Initiative „Gedenken. Nachdenken. Umdenken.“ ins Leben gerufen: Gemeinsam haben der pädagogische Dienst der Gedenkstätte, das Fritz Bauer Institut und die BASF 2022 Seminare für Auszubildende der BASF in der Gedenkstätte entwickelt, bei denen sowohl der historische Ort des KZ Osthofen als auch die Verstrickung der BASF-Werke Ludwigshafen und Oppau und ihrer Mitarbeitenden in die Verbrechen der I.G. Farben im Nationalsozialismus thematisiert werden. Darüber hinaus werden auch Parallelen zu heutigen demokratiefeindlichen, rassistischen und antisemitischen Strömungen gezogen, um Mitarbeitende dazu anzuregen, im Alltag klar Position zu beziehen. Das erste Seminar fand im Mai 2022 statt und stieß auf sehr positive Resonanz. Bis Ende 2022 fanden zwei weitere Seminare mit Auszubildenden, sowie eines mit Mitgliedern des Betriebsrates statt. 2023 sollen sechs Seminare für Auszubildende stattfinden, außerdem soll das Angebot für Führungskräfte weiterentwickelt werden.

Vom 5. Mai bis 24. Juli 2022 wurde die Ausstellung „Für Freiheit und Republik! Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Kampf für die Demokratie 1924 bis 1933“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Gedenkstätte Osthofen gezeigt. Die Ausstellung dokumentiert mit ausdrucksstarken Fotos und Dokumenten den umfassenden Einsatz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold für die demokratische Republik von Weimar. Sie macht deutlich, dass von einer „Republik ohne Republikaner“ nicht gesprochen werden kann. Das Team des NS-Dokumentationszentrums Rheinland-Pfalz, ergänzte die Ausstellung durch zusätzliche Tafeln zur Geschichte des Reichsbanners in Rheinhessen und mit Biographien von Mitgliedern des Reichsbanners aus der Region, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aufgrund ihrer politischen Tätigkeit im KZ Osthofen und anderen Konzentrationslagern inhaftiert wurden.

Zwei Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wurden im Berichtsjahr in der Gedenkstätte in Hinzert durchgeführt. Am 13. Juni fand eine Lehrerfortbildung für luxemburgische Lehrkräfte zum Thema Die Gedenkstätte SS-Sonderlager / KZ Hinzert als außerschulischer Lernort unter Leitung von Romain Schroeder vom ZpB Fondatioun Zentrum fir politesch Bildung Luxemburg statt. Am 5. Dezember leitete Karola Streppel vom Arbeitskreis Geschichte der Juden in Pirmasens, eine Fortbildung zu den „Kindern von La Guette“. Sie stellte Biographien von jüdischen Kindern aus der Pfalz und der damaligen Saarpfalz vor und gab Anregungen zu deren Thematisierung im Unterricht.

Mit einer Veranstaltung am 14. November wurde der Opfer der Pogrome an der jüdischen Bevölkerung im November 1938 gedacht. Julia Pierzina und Jakob Hinrichs stellten den Webcomic „Lücken - eine biographische Spurensuche“ vor, der sich besonders an Jugendliche und junge Erwachsene richtet, um sie für jüdisches Leben zu sensibilisieren. Für das Webcomic wurden zwei ausgewählte Lebensläufe jüdischer Saarländerinnen und

Saarländer aufbereitet, um das nationalsozialistische Unrecht beispielhaft zu veranschaulichen. An der Online-Veranstaltung nahmen auch luxemburgische Kolleginnen und Kollegen teil.

Das NS-Dokumentationszentrum in der Gedenkstätte KZ Osthofen erreichen weiterhin ca. 200 Anfragen im Jahr. In fast allen Fällen kann anhand der im Archiv und in der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums vorliegenden Quellen und Publikationen Auskunft gegeben oder auf weitere Recherchemöglichkeiten in anderen Archiven und Institutionen hingewiesen werden. Es ist dabei festzustellen, dass das NS-Dokumentationszentrum zunehmend als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum zu Fragen zur NS-Zeit wahrgenommen wird.

An das NS-Dokumentationszentrum wurden auch 2022 weitere Dokumente und Fotos aus Privatbesitz abgegeben, z. B. zu ehemaligen Häftlingen des KZ Osthofen. Diese werden in der Archivdatenbank erfasst und digitalisiert und stehen so für zukünftige Forschungen bereit.

Auch im Jahr 2022 wurde die Ausstellung „Renato Mordo: jüdisch, griechisch, deutsch zugleich – Ein Künstlerleben im Zeitalter der Extreme“, deren Schirmherr Landtagspräsident Hendrik Hering ist, an verschiedenen Orten gezeigt. Gemeinsam mit diversen Kooperationspartnern präsentierte die Landeszentrale die Ausstellung vom 4. April bis 15. Juli 2022 im Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt und vom 22. September bis 14. Oktober im Albert-Schweitzer-Gymnasium in Kaiserslautern. Am 19. November 2022 wurde die Ausstellung zudem in ihrer deutsch-griechischen Fassung in der orthodoxen Akademie auf Kreta eröffnet und dort bis 1. Januar 2023 gezeigt.

## **6. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau**

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) leistet seinen Beitrag vor allem über Fördermaßnahmen im Bereich der Beruflichen Bildung. Hierzu gehören insbesondere die Unterstützung bei der Berufsorientierung, die Stärkung und Verbesserung der dualen Berufsausbildung (u. a. über die Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten) sowie die Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung („AufstiegsBAföG“).

Im Rahmen ihrer beruflichen Ausbildung werden junge Menschen nicht nur in die Arbeitswelt, sondern auch in die Gesellschaft integriert. Sie werden als Nachwuchsfachkräfte auf dem Arbeitsmarkt gebraucht. Junge Menschen bekommen eine Perspektive, indem ihnen Wege in eine duale Ausbildung aufgezeigt werden. Außerdem wirkt sich eine fundierte und qualitativ hochwertige Berufsqualifizierung positiv auf die berufliche und persönliche Entwicklung von Jugendlichen aus. Die Fördermaßnahmen des MWVLW im Bereich der beruflichen Bildung leisten damit einen Beitrag zur Prävention gegen den Rechtsextremismus. Dies gilt auch für Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund.

Die Maßnahmen der Landesregierung im Bereich der beruflichen Bildung, die der Entwicklung rechtsextremistischer Gesinnungen durch effiziente Aktivitäten entgegenwirken können, finden auch bei den rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern, den rheinland-pfälzischen Handwerkskammern sowie der Landwirtschaftskammer ausdrückliche Unterstützung bzw. werden in Teilen gemeinsam mit ihnen realisiert.

Im Besonderen ist für das Jahr 2022 auf folgende Maßnahmen hinzuweisen:

- Förderung der Coachs für betriebliche Ausbildung, die gemeinsam von dem MWVLW, den Arbeitsagenturen und den Handwerkskammern bzw. des DEHOGA Rheinland-Pfalz e.V. finanziert werden. Das Ziel der Coachs ist die Anbahnung und Stabilisierung von Ausbildungsverhältnissen. Sie unterstützen dabei junge Erwachsene ohne und mit Migrations- oder Fluchthintergrund.
- Förderung der Einstellung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben. Hiermit wird es ermöglicht, dass Auszubildende, die ihre Ausbildung aufgrund einer Insolvenz des bisherigen Ausbildungsbetriebes nicht fortführen können, die Ausbildung in einem anderen Unternehmen fortsetzen und erfolgreich abschließen.
- Förderung von außerschulischen Berufsorientierungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler, beispielsweise im Rahmen sogenannter Feriencamps. Mit der

Unterstützung dieser Angebote möchte die Landesregierung dazu beitragen, dass die Jugendlichen einen zusätzlichen Impuls für die eigene berufliche Orientierung bekommen und zugleich das Image von Ausbildungsberufen bei den Jugendlichen und den Eltern gesteigert wird.

- Einsatz von „Ausbildungsbotschaftern“ vor Schulklassen. Die Auszubildenden und Jungmeister berichten ihren Altersgefährten über den eigenen Werdegang. So werben sie für eine erfolgreich eingeschlagene duale Ausbildung und können als Vorbilder herangezogen werden.

## **7. Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung**

Nichtdiskriminierendes Verhalten ist ein zentraler Aspekt von sozialen Kompetenzen, der sowohl für ein erfolgreiches Konfliktmanagement, für erfolgreiche Kommunikation als auch für eine erfolgreiche Zusammenarbeit eine essentielle Rolle spielt. Der erfolgreiche Abschluss einer Berufsqualifikation ist nach wie vor ein zentraler Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Jungen Menschen Chancen und Perspektiven zu eröffnen, wird in diesem Zusammenhang als ein starker Beitrag gegen Rechtsradikalismus auf der präventiven Ebene gesehen.

Im Bereich der Förderung von innovativen Formaten der politischen Erwachsenenbildung förderte das MASTD in 2022 zwei Projekte zum Themenfeld Rechtsextremismus:

- Die Musikschule und VHS Bingen führte das Projekt „Die Welt von morgen – Demokratie und Freiheit“ durch, mit dem den nationalistischen Tendenzen in Deutschland durch eine kreative Auseinandersetzung mit der Frage nach Demokratie und der Möglichkeit freier Meinungsäußerung begegnet wurde.
- Im Rahmen des Projekts „Zukunft gemeinsam gestalten“ der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (bzw. der Mitgliedseinrichtung „Netzwerk am Turm e.V.“) wurden in einer Veranstaltungsreihe Fragen nachhaltiger Entwicklung bearbeitet, darunter auch Thema „Nachhaltig gegen Rassismus“.

Ebenfalls leistete das arbeitsmarktpolitische Projekt „SKA PLUS - Soziale Kompetenzen in der Ausbildung“ einen Beitrag. Es wird von der ARBEIT & LEBEN gGmbH in Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage der Landesnetzstelle Rheinland-Pfalz umgesetzt. Gefördert wird es aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus sowie aus arbeitsmarktpolitischen Mitteln des MASTD.

Das Projekt ist ein Unterstützungsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene aus Rheinland-Pfalz, die sich in einer Ausbildung im dualen System befinden, um ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten im Bereich der sozialen Kompetenzen zu stärken. Neben den klassischen Inhalten des Themenfeldes der sozialen Kompetenzen, wie beispielsweise Teamfähigkeit, Kommunikation und Umgang mit Konflikten, finden auch Inhalte zum Stressmanagement oder zur Medienkompetenz (z. B. Fake News und Social Media) in der Projektumsetzung Anwendung. Im arbeitsmarktpolitischen Kontext wird unter anderem das Ziel eines qualitativ hochwertigen Ausbildungsprozesses und somit der Fachkräftesicherung, verfolgt. Darüber hinaus setzt sich das Projekt auch für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken ein. Zudem wirkt das Projekt Rechtsradikalismus durch das Angebot folgender Trainingsmodule entgegen:

- Diskriminierung, Rassismus und couragiertes Handeln,
- Gerechtigkeit, Diskriminierung und solidarisches Miteinander,
- Diskriminierung, Neonazismus und Menschenverachtung,
- Thema Kultur, Antimuslimischer Rassismus und Couragiertes Handeln,
- Sexismus, Geschlechterbilder und Homophobie,
- Antimuslimischer Rassismus und Couragiertes Handeln.

Die Umsetzung des Projekts wurde auch im Jahr 2022 weiterhin durch die COVID-19-Pandemie geprägt. An einzelnen Schulen wurden unter Beachtung der Hygieneregeln Trainingsmodule umgesetzt. Kernelement der vorgenannten Trainingsmodule ist das Lernen durch Erleben sowie das Lernen in und von der Gruppe. Hierbei standen in erster Linie die im Projekt entwickelten Blended-Learning-Formate im Fokus. Im Rahmen des Projekts wurden verschiedene digitale Elemente angeboten, unter anderem „Alles nur Bilder im Kopf?“ - Diskriminierung, Rassismus und couragiertes Handeln“. Ein Film, in dem Jugendliche über ihre Rassismus-Erfahrungen im Alltag sprechen, bildet den Auftakt, um über rassistische Einstellungen und die Verbreitung von Rassismus in der Gesellschaft, über die Erfahrungen der Teilnehmenden sowie die Folgen für Betroffene zu diskutieren. Die Zielgruppe erarbeitet in diesem Modul wie Diskriminierung durch weit verbreitete Vorstellungen über Menschen (-gruppen) und der Zuschreibung von Eigenschaften und Verhaltensweisen entstehen kann. Anhand von Rollenkarten können anschließend Perspektiven Betroffener eingenommen und Einschränkungen im Alltag nachvollzogen werden.

Im Allgemeinen wird auf der inhaltlichen Ebene in dem Projekt „nichtdiskriminierendes Verhalten“ als ein konstitutives Kernelement in dem Bereich der Fähig- und Fertigkeiten der sozialen Kompetenzen betrachtet, damit Konfliktmanagement, Kommunikationsprozesse sowie die Zusammenarbeit im beruflichen Kontext erfolgreich gelingen.

Das Projekt leistet durch die Förderung der sozialen Kompetenzen von Demokratiefähigkeit, Selbstreflexion und Selbstorganisation einen Beitrag auf der präventiven Ebene bezüglich Rechtsradikalismus und eines diskriminierungsfreien Umgangs untereinander und trägt zur Chancengleichheit benachteiligter Bevölkerungsgruppen bei. Der erfolgreiche Erwerb einer Berufsqualifikation wird dabei als zentraler Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und Integration betrachtet. Es ist wichtig jungen Menschen Chancen und Perspektiven zu eröffnen und einen vorzeitigen Ausbildungsabbruch zu vermeiden.

Beitrag des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung zur Bilanz 2022 der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus:

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung bietet im Referat 32 in der Abteilung Landesjugendamt landesweit Beratungsangebote zur Prävention von politisch und religiös begründetem Extremismus.

Das Aussteigerprogramm (R)auswege und die Eltern- und Angehörigenberatung sind Landesmaßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Außerdem ist im Referat 32 das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz angesiedelt, das im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz gefördert wird. Die Fachaufsicht obliegt dem MFFKI.

Neben der Einzelfallbetreuung in Ausstiegs- und Elternberatung im Bereich Rechtsextremismus bieten die Projekte ein breites Spektrum von Maßnahmen der Prävention und Intervention im Bereich Rechtsextremismus. Das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz koordiniert das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, in dem staatliche und zivilgesellschaftliche Kooperationspartner zusammenarbeiten, sowie die Mobile Beratung, die Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie die Distanzierungsberatung für junge Menschen auf der Schwelle zum Rechtsextremismus.

Die Gesamtkosten für die Projekte betragen im Jahr 2022 637.357,03 €.

Im Jahr 2022 ergingen für die Sonderprojekte im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Zuwendungsbescheide des Bundes im Förderprogramm „Demokratie leben!“ in Höhe von 1.556.618,32 € für die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit (davon 1.156.618,32 € für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und rund 400.000 € für weitere Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“).

Im Bereich der Arbeit gegen Rechtsextremismus verteilt sich die Bundesförderung wie folgt:

- Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz: 326.701,08 €
- mobile Beratung (inklusive Planspiel): 484.230,48 €
- Ausstiegs- und Distanzierungsberatung („Rückwege“): 145.668,18 €
- Opferberatung: 270.000,00 €

Die endgültige Zuschusssumme kann erst nach der noch ausstehenden Schlussrechnung angegeben werden. Im Bereich der mobilen Beratung und der Opferberatung wurde ein

Betrag von 733.767,98 € an freie Träger weitergeleitet (in dieser Summe sind auch Mittel des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration zur Unterstützung der mobilen Beratung und der Opferberatung in Rheinland-Pfalz enthalten).

Zur teilweisen Deckung der Personal- und Sachkosten im Bereich der Projekte gegen Extremismus wurde ein Betrag von 367.100,00 € in Anrechnung gebracht. Davon entfallen auf den Bereich der Arbeit gegen Rechtsextremismus 300.259,89 € (66.840,11.€ wurden zur teilweisen Deckung der Personal- und Sachkosten im Bereich Islamismus verwandt). Weitere Bundesmittel wurden direkt für Sachkosten ausgegeben.

## 8. Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität

Das Umweltministerium und die Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU) führen seit 2011 die Initiative ‚Naturschutz gegen Rechtsextremismus‘ durch. Die Initiative „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ umfasst Argumentationshilfen und Publikationen, Workshops mit Erwachsenen und Jugendlichen, Multiplikatorinnen- und Multiplikatorschulungen und Fachtagungen. Zu den Maßnahmen in 2022 gehörten:

- **Druck der Broschüre: Der ehemalige Westwall - Kommunikationshilfe für den Naturschutz an einem NS-Bauwerk. Auflage 5000 Stück.**

In vielen grenzüberschreitenden Naturparks in Rheinland-Pfalz, im Nationalpark Hunsrück-Hochwald und im Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen sind bis heute Überreste des ehemaligen Westwalls zu finden. Naturschützerinnen und Naturschützer, Rangerinnen und Ranger, Gäste- und Landschaftsführerinnen und -führer und andere in der Umweltbildung engagierte Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler stellt dies vor die Herausforderung, diese Relikte der NS-Zeit, etwa bei Führungen, angemessen einordnen zu können. Der Leitfaden dient der Orientierung in dieser für Naturschutzaktive oft unbekanntem Thematik. Der Kommunikationsleitfaden wurde 2021 bereits online in einer Textversion veröffentlicht.

- **Jugendwerkstatt „Neues denken am ehemaligen Westwall - Naturschutz gegen Rechtsextremismus“.**

Die Jugendwerkstatt ist Teil der Initiative des Umweltministeriums „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ und fand vom 5. bis 8. Mai 2022 bereits zum 9. Mal statt. In der Jugendwerkstatt „Naturschutz gegen Rechtsextremismus – Neues Denken am ehemaligen Westwall“ setzen sich Teilnehmende des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) aus Deutschland und Frankreich mit dem Bezug rechtsextremer Akteure zu Natur auseinander und entwickelten Positionen gegen Rechtsextremismus. Veranstaltet wird das Jugendcamp von der LZU und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr Rheinland-Pfalz, dem Dachverband der FÖJ-Träger in Deutschland (FÖF) in Kooperation mit der Naturschutzjugend NAJU und der BundJugend. Zielgruppe sind junge Leute ab 18 Jahren aus Frankreich und Deutschland, die vor allem über Netzwerke des FÖJ sowie über die NaJu und Bundjugend eingeladen werden.

## 9. Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration

### 9.1 Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismus-Prävention

Das Referat *Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismus-Prävention* im MFFKI Rheinland-Pfalz betreut Maßnahmen der universellen und selektiven Prävention sowie der Intervention. Es beaufsichtigt auch im Kontext des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ die Aufgabenwahrnehmung im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung. Es stellt die Koordination mit länderübergreifenden Aktivitäten sicher.

Im Jahr 2020 hat die Landesregierung den Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit implementiert. Er enthält 29 Maßnahmen.

Im Jahr 2020 erfolgte die Einrichtung der „**m\*power Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz**“. Die Meldestelle gab in Zusammenarbeit mit Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartnern 2022 Broschüren zu Antisemitismus, zu Queerfeindlichkeit und zu Rassismus heraus.

Am 1. Januar 2021 hat die Landesregierung das **Förderprogramm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“** gestartet. Unterstützt werden Projekte, die merkmalsübergreifend gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie und Vielfalt wirken. Der Fördertopf von zuletzt 180.000 Euro wurde vollständig abgerufen.

Mit dem 2021 begonnenen **Programm „Solidarität gegen Hass und Gewalt im Netz“** unterstützt die Landesregierung Betroffene von digitaler Gewalt und klärt über den Umgang mit digitaler Gewalt auf. Im September 2021 nahm im Rahmen des Programms die **Beratungsstelle „SoliNet“** ihre Arbeit auf. Zu ihren Aufgaben gehören Beratung, digitale Beweissicherung, Basis-Informationen zu rechtlichen Vorgehensweisen, Löschen von Online-Inhalten, IT-Sicherheitsstrategien und juristische Einschätzung bezüglich der Strafbarkeit digitaler Gewalt. Beim Bedarf nach psychosozialer Beratung ermöglicht die Betroffenenberatung bei m\*power schnelle Hilfe. SoliNet ist angesiedelt bei der Fachstelle für Betroffenenstärkung und Demokratieentwicklung m\*power in Koblenz. Rheinland-Pfalz ist mit diesem spezifischen Beratungsangebot bundesweit Vorreiter. 2022 wurde ein **zielgruppenspezifisches Qualifizierungsangebot** modellhaft durchgeführt. Aus den Ergebnissen werden 2023 die Vorgaben für ein Laufendes Angebot entwickelt.

Aufbauend auf dem Beratungsangebot wie den Qualifizierungsangeboten wurde nach Ausschreibung mit einer Agentur ab Oktober 2022 eine **Kampagne für verstärkte Öffentlichkeitsarbeit** gegen digitale Gewalt ab 2023 entwickelt. Unter dem Kampagnenmotto „**#ScrollNichtWeg**“ werden auf Social-Media-Kanälen wie tiktok,

instagram, youtube, facebook und auf einer Webseite medienangepasst Informationen für Betroffene bereitgestellt werden, über Hassrede und deren Folgen informiert werden und zur Aktivität gegen Hassrede und Falschinformation im Netz aufgerufen werden.

Im vierten Quartal 2021 hat das MFFKI den **Beratungskompass Rheinland-Pfalz** veröffentlicht und wird seitdem kontinuierlich aktualisiert. Er bietet Betroffenen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ihrem Umfeld eine schnelle Orientierung bei Beratungs- und Hilfeangeboten. Über eine Kartensuchfunktion können Suchende mit wenigen Klicks das für ihre Situation passende Angebot in ihrer Nähe finden. Das Angebot wurde 2022 intensiv genutzt, für einige Projekte und Netzwerke (wie das „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“) dient der Beratungskompass bereits als Arbeitsgrundlage.

### **Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) – Referat 32 Projekte zur Prävention von politischem und religiösem Extremismus / Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz**

In der Abteilung Landesjugendamt des Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung sind im Referat 32 die Projekte zur Prävention von politischem und religiösem Extremismus verortet. Dies umfasst das Aussteigerprogramm „(R)AUSwege aus dem Extremismus“ nebst angeschlossenen Programmen. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ werden die Projekte als Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz gefördert.

Neben der Einzelfallbetreuung in Ausstiegs-, Distanzierungs- und Elternberatung im Bereich Rechtsextremismus bieten die Projekte ein breites Spektrum von Maßnahmen der Prävention und Intervention im Bereich Rechtsextremismus. Das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz koordiniert das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, in dem staatliche und zivilgesellschaftliche Kooperationspartner zusammenarbeiten, sowie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und die Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

### **Landeskoordinierung im Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz**

Gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fungiert die Landeskoordinierungsstelle im Demokratiezentrum als zentrale Schnittstelle.

Es werden durch das Bundesprogramm geförderte Projekte, Organisationen und engagierte Menschen, die zu den Themenkomplexen Rechtsextremismus und menschenverachtende

Einstellungen arbeiten, vernetzt und unterstützt. Hierzu zählen u.a. die „Demokratie leben!“ geförderten Projekte und Beratungsangebote wie z. B. die kommunalen Partnerschaften für Demokratie, sowie Projekte im Bundesprogramm Zusammenhalt durch Teilhabe.

Das Demokratiezentrum koordiniert:

- Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz.
- Präventionsnetzwerk DivAN.
- Netzwerk gegen Antisemitismus in Rheinland-Pfalz.

2022 fanden zwei Landes-Demokratiekonferenzen unter der Teilnahme der „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ geförderten Projekte, Beratungsangebote sowie den Partnerschaften für Demokratie statt.

Im Mai 2022 fand eine digitale Themenwoche „Demokratie leben!“ mit mehr als 240 Teilnehmenden an sechs Veranstaltungen statt. An fünf Tagen wurden aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, neue Diskurse, Phänomene und Strömungen unter dem Motto „Extremismus 2.0 – alte Bekannte und neue Gesichter“ im Rahmen von Workshops und Seminaren thematisiert. Der inhaltliche Fokus lag auf den Themen Demokratiefindlichkeit, Populismus, Verschwörungserzählungen, Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus, Homophobie und Geschlechteridentität.

Als Mitglied der Steuerungsgruppe des Demokratietags Rheinland-Pfalz war das Demokratiezentrum auch 2022 an der hybriden Veranstaltung beteiligt und mit einem Stand vertreten.

In 15 Schulungen für Fachkräfte und Multiplikatoren konnten Mitarbeiter von Rauswege, Rückwege und Angehörigenberatung insgesamt 565 Fachkräfte, fast alle in Präsenzveranstaltungen, erreichen. Die (Wieder)Einführung von Präsenzveranstaltungen brachte sowohl eine Intensivierung der fachlichen Austausche als auch eine bessere Vernetzung im Sinne von Bekanntheit aber auch Gewinnung neuer Kooperationspartner für die jeweiligen Einzelfallhilfen.

2022 wurde eine Workshop-Reihe im Rahmen des Konzeptes „Veränderungs-Impulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und Erwachsenen“ (VIR) durchgeführt.

VIR ist ein Fortbildungs- und Qualifizierungskonzept für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen in Kontakt sind. Ziel ist es, in Alltagssituationen Impulse zu setzen und zur Veränderung zu motivieren. Die Fortbildungsreihe richtet sich an Fachkräfte aus der Schulsozialarbeit, Einrichtungen der Jugendhilfe, (Sport-) Vereinen, Justizvollzugsanstalten, Lehrende sowie andere Personen,

die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsaffinen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kontakt stehen.

### **Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz**

2022 fanden insgesamt vier quartalsweise angesetzte Vernetzungstreffen des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus statt. Das Netzwerk setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertreter von Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Feuerwehr, Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen), Sicherheitsbehörden (LKA, Verfassungsschutz), Ministerien und Beratungsstellen im Kontext Rechtsextremismus.

Die Netzwerktreffen dienen dem Austausch über die jeweiligen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sowie dem fachlichen Austausch zu aktuellen Entwicklungen in einem überregionalen Kontext. Thema des Treffens im Juni 2022 war die Verfolgung von (rechtsextremen) Straftaten im Online-Raum. Im September wurde die Initiative Contra Hass Rheinland-Pfalz durch das Innenministerium vorgestellt. Schließlich waren Schwerpunkte des Treffens im Dezember die Geschichte rechtsextremer Morde in Rheinland-Pfalz und das neue Demokratieförderungsgesetz auf Bundesebene.

Eingebunden in das Beratungsnetzwerk sind die fünf Projekte, die durch das Bundesprogramm (BMI) „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert werden. Koordiniert mit dem saarländischen Demokratiezentrum fand 2022 ein Vernetzungstreffen in Koblenz statt.

Im Themenfeld „rechtsextreme Musik und Musik im ‘Graubereich‘“ hat sich ein „Beratungsteam Rechte Lebenswelten“ als weiteres Beratungsangebot des Beratungsnetzwerkes bewährt. Es besteht aus Ausstiegsberaterinnen und Ausstiegsberatern sowie Expertinnen und Experten aus Jugendarbeit, Jugendschutz und Musikwissenschaft. Das Team klärt nicht nur über rechtsextreme Musikgruppen auf, sondern hat seine Themenschwerpunkte konzeptionell erweitert zu Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Lebenswelten (Eventkultur, Kampfsport, Labels und ihre Vernetzung und Vermarktung über soziale Online-Medien).

### **Aussteigerberatung „(R)AUSwege“**

Seit 2001 bietet das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ein Aussteigerprogramm für Menschen, die sich aus der rechtsextremen Szene lösen wollen, an. Für die erste Kontaktaufnahme mit den sozialpädagogischen Helferinnen und Helfern von „(R)AUSwege“ ist eine kostenfreie anonyme Telefon-Hotline installiert. Hier wurden seit

2001 insgesamt über 20.000 Beratungs- und Auskunftsgespräche geführt. Im Jahr 2022 erfolgten 326 intensive telefonische Beratungen.

### **Distanzierungsberatung „RÜCKWEGE“**

RÜCKWEGE ist mit seinem Angebot eine wichtige und notwendige Ergänzung zum Aussteigerprogramm (R)AUSwege. Das Projekt eröffnet die Möglichkeit, auf junge Menschen, die an der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen, zuzugehen und mit ihnen zu arbeiten, wohingegen das Aussteigerprogramm eine definitive Ausstiegsmotivation voraussetzt. Seit 2010 wurden bislang 96 junge Menschen intensiv in Einzelfallarbeit pädagogisch unterstützt und beraten. 2022 fanden acht intensive Einzelfallbetreuungen mit intensiver Begleitung und Beratung von Fachkräften der Jugendhilfe (stationäre Einrichtungen und der offenen Jugendarbeit) und mehrheitlich Fachkräften der Justiz (Jugendstrafanstalt, Bewährungshilfe und Jugendgerichtshilfe) statt. 100% aller Neuzugänge dort waren im Kontext von Social Media mit strafrechtlicher Relevanz und besonderer Bedeutung für die Distanzierungsberatung.

### **Elterninitiative gegen Rechts / Angehörigenberatung bei demokratiefeindlichen Einstellungen**

Seit 2004 bietet das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung rheinland-pfälzischen Eltern und Angehörigen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen qualifizierte Beratung und professionelle Begleitung an. Gleichzeitig werden Fachkräfte beispielsweise aus Jugendhilfe, Schulen und Vereinen, die mit betroffenen Eltern im Kontakt sind, unterstützt. Das Beratungsangebot wurde 2022 zur „Angehörigenberatung bei demokratiefeindlichen Einstellungen“ erweitert. Es unterstützt Menschen die im engeren Kontakt zu demokratiefeindlichen, extremistischen oder verschwörungsgläubigen Personen stehen und Beratung zur Linderung ihres Leidensdrucks suchen. 2022 wurde die Beratung in 16 Fällen angefragt. Teile dieser Beratungsfälle wurden durch Jugendamtsfachkräfte und Polizei vermittelt, es standen mögliche „Kindeswohlgefährdungen“ im Raum.

### **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus**

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz informiert, berät und unterstützt Einzelpersonen und Gruppen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“

wurden 2022 neun regional zuständige Beratungsknoten gefördert. Das Beratungsangebot wird im Auftrag der Landeskoordinierungsstelle von freien zivilgesellschaftlichen Trägern umgesetzt. Im Jahr 2022 haben die Beratungsknoten in Zusammenarbeit mit der Landeskoordinierungsstelle insgesamt 262 Beratungsfälle, mit unterschiedlicher und stets individueller Geschichte, Intensität und Dauer, begleitet und unterstützt. Diese Beratungen umfassten teilweise auch Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltungen mit Themenschwerpunkten wie Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Reichsbürger sowie Verschwörungstheorien im Zuge der Pandemie, aber ebenso Vermittlung von Werten und Prinzipien zur Aufrechterhaltung demokratischen Zusammenlebens. 43 Fälle standen im Zusammenhang mit Beratungen zum Thema Demonstrationen und Versammlung. 34 Beratungsfälle hatten die Themenfelder Agitation und Propaganda (z. B. Hetzreden, Flugblätter, Symbole) zum Gegenstand. 31 Fälle standen mit Gewalt und/oder Bedrohung im Zusammenhang, 23 Fälle mit ehrenamtlichem Engagement. Im Bereich der Unterwanderung bestehender Strukturen (z. B. im Freizeitbereich, Naturschutz etc.) sind 2022 17 Fälle bearbeitet worden.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wurde in Rheinland-Pfalz 2022 umstrukturiert und ausgebaut. Die Ressourcen können insbesondere durch Landesförderung mehr als verdoppelt werden, Zuständigkeitsregionen werden neu zugeschnitten, sodass die Arbeit nicht länger durch Stellenanteile in neun Regionen, sondern durch vier regionale Beratungsteams mobil angeboten wird.

### **Betroffenenberatung: Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz – m\*power**

Im Jahr 2022 wurden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 96 Beratungsfälle bearbeitet. Die Komplexität der Beratungsfälle ist im Vergleich zu den Vorjahren spürbar angestiegen. Dies gilt zum einen für die Deliktarten aber auch für die angemeldeten bzw. benötigten Unterstützungsleistungen.

Die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz - m\*power in Koblenz wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert. Die Beratungsstelle ist öffentlich erneut deutlich sichtbarer geworden. Zusätzlich zu den bisherigen Formaten ist ein regelmäßig gepflegter Auftritt im Sozialen Medium Instagram hinzugekommen.

Die Schwerpunktregionen bei Beratungsanfragen waren im Jahr 2022, wie auch im Vorjahr, neben den Ballungszentren Mainz, Koblenz und Ludwigshafen vor allem die ländlichen Regionen der Vorder- und Südpfalz. Inhaltlich ging es in über der Hälfte aller

Beratungskontakte um rassistische Erfahrungen. Bei einer Vielzahl davon ging es um Beleidigungen, Bedrohungen, Benachteiligungen und tätliche Angriffe, teilweise auch im sozialen Nahraum.

Weitere Beratungskontexte hatten antisemitische Bezüge, sowie Gewalt gegen politische Gegnerinnen und Gegner als inhaltliche Beratungsschwerpunkte.

Auch im Jahr 2022 spielte das Demonstrationsgesehen im Zusammenhang mit den Protesten gegen Coronamaßnahmen eine bedeutsame Rolle. So kam es erneut zu Feindbildbestimmung gegenüber politisch couragierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine solidarische Pandemiebekämpfung einsetzen und zu antisemitisch konnotierten Anfeindungen.

### **„Planspiele Demokratie leben!“**

Auch 2022 hat sich die Methode „Planspiele: – Engagement lebendig lernen - Demokratie leben!“ im Rahmen des Demokratiezentrum der Mobilen Beratung gegen Rechts-Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als erfolgreiches und gefragtes Präventionsprojekt bewährt. Jedes Planspiel „Demokratie leben!“ wird von zwei pädagogisch geschulten Planspiel-Leiterinnen und -Leitern begleitet. Diese tauschen sich regelmäßig mit der Landeskoordinierungsstelle und dem Referat 32 aus und werden stetig weiter fortgebildet.

Besonders gefragt waren im Jahr 2022 die Jugendplanspiele „Populismus“ und „Integration“, vor allem wurden Jugendplanspiele umgesetzt. Leider mussten auch in diesem Jahr über die Hälfte der angefragten und geplanten Planspiele kurzfristig aufgrund des andauernden Pandemiegeschehens von Seiten der anfragenden Institutionen abgesagt werden. Aufgrund eines Stellenwechsels war das Projekt außerdem erst ab Oktober 2022 wieder vollständig betreut. Gegen Jahresende 2022 gab es wieder zahlreiche Anfragen für Planspiele in Präsenz.

Aufgrund der steigenden gesellschaftlichen Relevanz des Themas Verschwörungsideologien wurde in der zweiten Jahreshälfte damit begonnen, ein Jugendplanspiel zu diesem Komplex zu entwickeln. Dieses Angebot soll ab dem zweiten Quartal 2023 das bisherige Angebot ergänzen. Der Fokus des neuen Planspiels liegt darauf, junge Menschen für Ursachen, Merkmale und Gefahren von Verschwörungserzählungen zu sensibilisieren. Daran anknüpfend werden zielgerichtete Interventionsansätze und Strategien erarbeitet, die in der Lebensrealität der Teilnehmenden umsetzbar und anwendbar sind um die

Handlungssicherheit und Handlungsfähigkeit Einzelner und damit das gemeinsame gesellschaftliche Wirken zu stärken.

### *Resümee und Herausforderungen*

Aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurden in der ersten Jahreshälfte viele Beratungen und Veranstaltungen in den digitalen Bereich verlagert. Die aufsuchende persönliche Beratung blieb aber möglich.

Infolge der Corona-Pandemie konnten rechtsextreme Akteurinnen und Akteure die Verunsicherung der Bevölkerung nutzen, um sich als Fürsprecher der Protestbewegungen einzubringen. Die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und demokratiefeindliche Einstellungen nahm 2022 weiter zu.

Die Projekte zur Prävention und Intervention gegen politisch begründeten Extremismus des Demokratiezentriums sind landes- und bundesweit fachlich anerkannt und bieten einen qualifizierten Mix aus Einzelfallbetreuung, Gruppenarbeit sowie Gemeinwesenarbeit. Insbesondere die Beratung von Betroffenen rassistischer, rechtsextremer und antisemitischer Übergriffe konnte mit Hilfe der Bundes- und Landesförderung ausgebaut werden. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen ist hier ebenso wie in der Mobilien Beratung ein zunehmender Beratungsbedarf zu verzeichnen.

## **9.2 Förderung mit immunisierender Breitenwirkung: Soziale und politische Bildungsmaßnahmen, Schulungen von Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit**

Auftrag und Verpflichtung der Jugendpolitik, insbesondere der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit ist es, Kinder und Jugendliche zu Selbstbestimmung, verantwortlichem Handeln und sozialem Engagement in einem demokratischen Umfeld zu befähigen. Damit wird ein ganz entscheidender Beitrag zur Prävention gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus geleistet. Entsprechend sind die Handlungsfelder „Prävention gegen (Rechts-)Extremismus stärken“ sowie „Interkulturelle Öffnung fördern“ Bestandteil der im November 2014 vom Ministerrat beschlossenen Jugendstrategie des Landes („JES! Jung. Eigenständig. Stark – Dialog neue eigenständige Jugendpolitik Rheinland-Pfalz – auf dem Weg zu einem Bündnis für und mit der Jugend“).

Maßnahmen der sozialen Bildung, die Kinder und Jugendliche darin unterstützen, soziale und persönliche Kompetenzen zu entwickeln, sowie Maßnahmen der politischen Jugendbildung und Schulungen Ehrenamtlicher werden weiterhin gefördert. Im Rahmen des

Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ der Bundesregierung konnte die Förderung für soziale Bildungsmaßnahmen befristet bis Ende 2022 auf sechs Euro pro Teilnehmerin und Teilnehmer pro Tag sowie auf 15 Euro für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien, mit Behinderung und junge Arbeitslose pro Tag erhöht werden. Insgesamt konnten im Jahr 2022 137.020 junge Menschen an diesen Angeboten teilnehmen.

Partizipation ist ein Ziel, das für alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen gelten muss. Es ist sowohl Aufgabe als auch Chance von inner- und außerschulischer Bildungsarbeit, Beteiligungsmöglichkeiten in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen zu schaffen.

Im Rahmen der Leitstelle Partizipation entwickelt und fördert das MFFKI seit vielen Jahren zahlreiche Maßnahmen und Projekte, die es jungen Menschen ermöglichen, mitzureden und mitzugestalten – eine wesentliche Grundlage eines demokratischen Gemeinwesens. Die Projekte werden dabei entweder von jungen Menschen selbst initiiert und durchgeführt oder in ihnen haben Kinder und Jugendliche Mitspracherecht.

Neben der Förderung von Projekten ist die Leitstelle Partizipation auch in folgenden Bereichen aktiv:

- Qualifizierungen für Fachkräfte der Jugendarbeit zur Durchführung von Beteiligungsprojekten und
- fachliche Unterstützung, Förderung und Schulungen für die kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz, sodass diese ihre Mitspracherechte in den Kommunen ausüben können. Hierzu wird der Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz mit einer Geschäftsstelle (40.000,00 Euro) und einem Budget in Höhe von 7.500 Euro gefördert.

Darüber hinaus hat die Landesregierung ab März 2017 im Rahmen der Jugendstrategie JES! Jung.Eigenständig.Stark. ein neues Förderprogramm zur Stärkung der Beteiligung der jungen Menschen in den Kommunen aufgelegt (vgl. [www.eigenstaendige-jugendpolitik.rlp.de](http://www.eigenstaendige-jugendpolitik.rlp.de)).

Mit dem neuen Förderprogramm „Politisch bilden – Demokratie erfahren – Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ soll seit 2019 darüber hinaus die politische und demokratische Bildung junger Menschen weiter unterstützt werden. Im Rahmen des Förderprogramms sollen im Sinne der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession niedrigschwellige Prozesse im Kontext außerschulischer Bildung (Stichworte politische Bildungsprozesse, Demokratie als „Lebensform“, Demokratiekompetenz und Persönlichkeitsentwicklung) angeregt, unterstützt bzw. ausgebaut und strukturell abgesichert werden.

### **9.3 jugendschutz.net – Aktiv gegen Rechtsextremismus**

Rechtsextreme nutzen alle Mittel und Möglichkeiten, um im Netz ihre Propaganda zu verbreiten und junge Userinnen und User anzusprechen. Ihre Attraktivität versuchen sie vor allem zu steigern, indem sie an Hör- und Sehgewohnheiten Jugendlicher sowie an ihre Nutzung von Onlinemedien anknüpfen. Neue Themen, Trends und populäre Plattformen werden dabei schnell adaptiert und in die rechtsextreme Medienstrategie eingebunden.

Inhaltlich orientieren sich Rechtsextreme häufig an dem, was junge Menschen interessiert bzw. was für sie attraktiv erscheint. Populäre Musikgenres, Sport oder Gaming sind genauso Themen, die von Rechtsextremen vereinnahmt werden, wie Fragen nach der eigenen Sexualität, Identität und Zugehörigkeit. Auch werden aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Krisen aufgegriffen, in die eigene ideologische Weltsicht integriert und vermeintliche Erklärungs- wie Orientierungshilfen geboten.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie, aber damit stark zunehmend sind zudem Fake News, Desinformationen und Verschwörungserzählungen fundamentaler Bestandteil rechtsextremer Onlinepropaganda. Letztere sind insbesondere dadurch so attraktiv, als dass sie in einer krisenhaften, von Unsicherheit geprägten Gesamtlage Orientierung bieten. Oft knüpfen sie hierbei an alte, antisemitische Stereotype an.

Elemente rechtsextremer Propaganda, Hass und Hetze sind jedoch nicht nur auf den großen Social-Media-Diensten nahezu omnipräsent. Gezielt binden Rechtsextreme auch Plattformen in ihre Medienstrategie ein, die bestimmte Nutzungsmöglichkeiten bieten, ein gewisses Zielpublikum (z. B. Computerspielerinnen und Computerspielern) erreichen oder auf denen Inhalte weniger moderiert werden. Auf solchen Ausweichplattformen wie VK, BitChute oder Telegram, die als Art „sicherer Hafen“ für Extremistinnen und Extremisten dienen, lässt sich eine Fülle an menschenverachtender Hass- und Gewaltpropaganda registrieren. Inhalte von dort finden bspw. durch Verlinkungen ihren Weg auch in große Mainstream-Dienste, die bei Kindern und Jugendlichen beliebt sind.

#### Kontinuierliches Monitoring rechtsextremer Onlinestrategien

Ein Kernbereich der Arbeit von jugendschutz.net im Bereich Rechtsextremismus ist die kontinuierliche Beobachtung rechtsextremer Onlinepräsenz, ihrer Kommunikations- und Rekrutierungsstrategien sowie der daraus hervorgehenden Gefährdungslagen für junge Userinnen und User. Die Leitplanken des Monitorings, die auf vielfältiger Weise miteinander

verwoben sind, bilden dabei die Jugendaffinität der Angebote, die Reichweite, ihre Aktualität sowie das Gefährdungspotenzial.

Die gewonnenen Erkenntnisse aus dem kontinuierlichen Monitoring bilden für jugendschutz.net die Grundlage, um fundierte Informationsangebote, Konzepte sowie Strategien zur Bekämpfung gefährdender Inhalte im Themenfeld Rechtsextremismus zu entwickeln.

### Rechtsextremismus im Netz - Schwerpunktrecherchen und Publikationen 2022

Rechtsextreme Online-Phänomene, die sich aus dem kontinuierlichen Monitoring oder durch Hinweise generieren, werden von jugendschutz.net gezielt recherchiert und für die Praxis aufbereitet. Seine Erkenntnisse publiziert jugendschutz.net über sein Onlineangebote [hass-im-netz.info](https://hass-im-netz.info) in Form von Berichten, Reports, Praxis-Infos, Online-Themenschwerpunkte und aktuellen Fokustexten. Über den Informationsservice von jugendschutz.net werden aktuelle Entwicklungen und Beobachtungen zeitnah publiziert. Im Jahr 2022 wurden folgende Schwerpunktrecherchen durchgeführt:

- \*Report Influencing und Verschwörungspropaganda
- \*Report Geschichtsbilder in rechtsextremer Onlinepropaganda
- \*Report SoundCloud: Von Rechtsrock bis Dschihad-Hymne
- \*Report Telegram und der Ukrainekrieg

#### **9.4 Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz (LADS)**

Der Rechtsextremismus ist eine Ideologie, die unter anderem ein Weltbild propagiert, das Diskriminierung und Gewalt gegen bestimmte Menschen legitimiert, welche nicht in dieses Weltbild passen. Die Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz (LADS), die im MFFKI angesiedelt ist, wirkt diesem Phänomen primärpräventiv entgegen durch Aufklärungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch Weiterleitungsberatung. Diskriminierung lässt sich am ehesten verhindern, wenn die Informations- und Aufklärungsarbeit gefährdete Menschen so frühzeitig wie möglich erreicht, für die Gefahren von Menschenrechtsverletzungen sensibilisiert und ihnen Wege zum Selbstschutz und zur Gegenwehr aufzeigt. Ideologien der Ungleichheit treffen Menschen mit Migrationshintergrund oder aufgrund ihrer Hautfarbe ebenso wie Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen oder aufgrund des Alters, des Geschlechts, der Religionszugehörigkeit oder der sexuellen oder geschlechtlichen Identität. Als Anlaufstelle für Menschen, die

Benachteiligung und Ausgrenzung erfahren haben, unterstützt die LADS im Sinne von Empowerment.

Die LADS arbeitet nach dem horizontalen Ansatz (keine Rangfolge zwischen den Merkmalen) und sie hat ein besonderes Augenmerk auf den intersektionalen Ansatz, der Benachteiligungen aufgrund mehrerer Merkmale in den Blick nimmt. Das Angebot einer kostenlosen rechtlichen Erstberatung ist mittlerweile etabliert.

Beschwerden über die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung gegen die Covid-19-Pandemie sind im Jahr 2022 nur noch vereinzelt aufgetreten. Stark angestiegen sind hingegen Hilfesuche aufgrund von rassistischer Diskriminierung, die häufig verbunden waren mit Diskriminierung aus religiösen Gründen und aus Gründen des Geschlechts und des Alters. Für den Schutz von durch Diskriminierung betroffene oder bedrohte Personen bleibt es daher dauerhaft wichtig, Unterstützung und Hilfe zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Diskriminierungserfahrungen können die Identifikation mit der eigenen Gesellschaft und mit dem Staatswesen unterminieren, weil sie Zugehörigkeit in Frage stellen. Daher sind Unterstützungsangebote präventiv sehr bedeutsam, wenn sie zeitnah und effektiv erbracht werden, indem sie Menschen befähigen, sich gegen Diskriminierung mit Erfolg zur Wehr zu setzen.

## **9.5 Netzwerk für Demokratie und Courage**

Im Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC, [www.netzwerk-courage.de](http://www.netzwerk-courage.de)) engagieren sich junge Menschen ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken. Es ist seit 2002 in Rheinland-Pfalz unter Federführung der DGB-Jugend aktiv und wird durch die Landesregierung gefördert. Hauptarbeitsfeld ist die Durchführung von Projekttagen an Schulen, in Jugendverbänden und Ausbildungseinrichtungen. Gemeinsam mit den Jugendlichen arbeiten die Teams des NDC zu den Themenfeldern Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung, um Zivilcourage zu stärken und zu aktivem Handeln zu ermutigen. Die Förderung durch das MFFKI betrug im Jahr 2022 insgesamt 105.000 Euro.

Die Einführung eines neuen Projekttag-Typus: „Projekttag GR: "WE DON'T GIVE UP THE FIGHT" zu Kämpfen und Errungenschaften gegen die Verfolgung und Diskriminierung der Sinti\*zze und Rom\*nja konnte gemeinsam mit dem NDC Saar umgesetzt werden, erste Teamschulungen fanden bereits statt.

Planungen zur Einführung zweier weiterer Projekttag-Typen um das Thema Antisemitismus konnten mangels ausreichendem Interesse bei potentiellen Trainerinnen und Trainer nicht

umgesetzt werden. Generell zeigte sich die Gewinnung neuer Trainerinnen und Trainer nach der pandemiebedingten Unterbrechung als Problem.

Dennoch wurden im Jahr 2023 rund 60 Projektstage durchgeführt.

Das neue digitale Format *"DAS GEHT UNS ALLE AN, Digitales Seminar zu Diskriminierung. Von Rassismus betroffenen Menschen und couragiertem Handeln"* konnte auch den NDC in anderen Ländern zur Verfügung gestellt werden

Neben dem MFFKI fördert auch die Leitstelle Kriminalprävention des Ministeriums des Innern und für Sport und der Europäische Sozialfonds Projekte des NDC.

## **9.6 Beiträge der Abteilung Integration und Migration und des Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration**

Für den Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration (BLMI) und die Abteilung Integration, Migration und Fluchtaufnahme des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration stellt die Prävention bei der Bekämpfung von Vorurteilen, Rassismus und Rechtsextremismus einen Bestandteil ihrer Arbeit dar.

Die Integrationsabteilung und der Integrationsbeauftragte unterstützen zahlreiche Projekte, die Toleranz und gegenseitiges Verständnis fördern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Integrationsbereich. Dazu zählen zum einen die **Förderung hauptamtlicher Strukturen**, die Ehrenamtliche durch Beratung, Bereitstellen von Informationen und Fortbildungen unterstützen sollen, z. B. *civi kune* (Landesweite Ansprechstelle für Ehrenamtliche und Ehrenamtskoordinatorinnen und Ehrenamtskoordinatoren), AGARP (Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration). Zum anderen werden auch weiterhin niedrigschwellige „**Begegnungscafés**“ gefördert, in denen insbesondere Zugewanderte und Einheimische die Möglichkeit finden, Kontakte zu knüpfen und gegenseitige Hilfe zu organisieren. Im Jahr 2022 waren erstmals nach der Pandemie Informationsveranstaltungen und interkulturelle Veranstaltungen, Theater- und Filmvorführungen, wieder eingeschränkt möglich.

Im Berichtszeitraum wurden **auch Maßnahmen zur Versachlichung des gesellschaftlichen Diskurses um den Islam** fortgesetzt und gefördert. Da Islamophobie auch kennzeichnend für rechtsextreme Einstellungen ist, dient dies auch der Bekämpfung und Prävention von Extremismus.

Im Jahr 2022 wurde die vom MFFKI geförderte **Fortbildungsreihe „InterMeDial – Interkulturelle Medienbildung im Dialog“** unter der Federführung von *medien+bildung.com*

fortgesetzt. Zielgruppe sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der außerschulischen Jugendbildung. Mit ihnen werden halb- bis ganztägige Fortbildungen rund um die Themen interreligiöser Dialog, Vielfaltsakzeptanz und Islamfeindlichkeit durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurde auch die Arbeit des **Runden Tisch Islam** unter der Leitung des BLMI fortgesetzt. Dort werden regelmäßig Fragen zur Bekämpfung von Islamophobie erörtert und entsprechende Strategien des Landes diskutiert.